

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2011 in der Rückblende	4
Das politische Jahr	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	6
III. Tätigkeitsberichte	18
Parteiorgane	18
Geschäftsleitung	18
Parteivorstand	18
Delegiertenversammlungen	18
Fachkommissionen	19
Bau, Verkehr und Energie (BVE)	19
Erziehung (ERZ)	21
Finanzen und Verwaltung (FIN)	22
Gesundheit und Fürsorge (GEF)	23
Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)	24
Polizei und Militär (POM)	26
Volkswirtschaft (VOL)	27
SVP Frauen Kanton Bern	28
JSVP Kanton Bern	29
SVP Senioren Kanton Bern	30
Wahlkreise	32
Bern-Mittelland	32
Emmental	33
Jura bernois	34
Oberraargau	35
Thun	37
Oberland	39
Biel-Seeland	40
Gerichte	42
Obergericht	42
Verwaltungsgericht	43

IV. Organisation / Personelles	45
Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	45
Geschäftsleitung	45
Parteivorstand	45
Grossratsfraktion	47
Vertretung in der SVP Schweiz	47
Mitglieder des Zentralvorstandes	47
Mitglieder des leitenden Ausschusses	48
Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses	48
Regierungsmitglied	48
Parteisekretariat	48
Stiftungsrat Hilfsfonds SVP Kanton Berní	48
Vorstand des «Bären-Clubí der SVP Kanton Bern	48
Unsere Verstorbenen	49
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	50
VI. Die Partei in Zahlen	51
Mitgliederzahlen	51

I. Vorwort des Präsidenten

Das politische Jahr 2011 war geprägt durch die eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober. Nach der Abspaltung hatte sich die Zahl der bernischen SVP-Mandate im Nationalrat von zehn auf acht reduziert. Diese Sitzzahl konnte nach einem intensiven Wahlkampf und in einem für die SVP schwierigen Umfeld gehalten werden. Mit rund 15'000 zusätzlichen Parteistimmen hätte die SVP Kanton Bern sogar einen neunten Sitz erreichen können. Dies wäre mit einer Listenverbindung oder unter Umständen auch mit einer eigenen Liste der Jungen SVP möglich gewesen. Bedauerlich war die Nichtwiederwahl von Nationalrat Jean-Pierre Graber, welcher zusammen mit dem zurückgetretenen Simon Schenk die Berner SVP-Deputation im Bundeshaus verlassen hat. Beiden Kollegen sei für ihre grosse politische Arbeit und die gute Kameradschaft sehr herzlich gedankt. Enttäuschend verliefen die Ständeratswahlen. Nach der Wahl im Frühjahr wurde unser Kandidat Adrian Amstutz im Herbst nicht wieder bestätigt, so dass die SVP als grösste Partei des Kantons Bern nicht mehr im Stöckli vertreten ist. Dieses Manko muss bei nächster Gelegenheit unbedingt korrigiert werden.

Im sachpolitischen Bereich war ein wichtiges Thema der Kampf gegen die Wiederholung der Volksabstimmung betreffend Senkung der Motorfahrzeugsteuern. Mit zwei Beschwerden vor Bundesgericht wehrt sich unsere Partei gegen den Entscheid des Regierungsrates. Es ist absolut zentral, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kanton Bern endlich verbessert werden. Dazu gehören auch tiefere Motorfahrzeugsteuern, wie dies das Bernervolk am 13. Februar 2011 beschlossen hat.

Ein Blick zurück auf das Jahr 2011 zeigt, dass die SVP mit ihren Mitgliedern, den Parteiverantwortlichen auf allen Stufen und ihren Mandatsträgern hoch motiviert ist und die Politik im Kanton Bern als grösste Partei prägen kann. Für die grosse Unterstützung und die engagierte Arbeit möchte ich allen Parteimitgliedern, den Verantwortlichen in den Sektionen, Landesteilverbänden und in der Kantonalpartei sowie allen Amtsträgern in Legislative, Exekutive und Judikative sehr herzlich danken.

Rudolf Joder, Nationalrat, Parteipräsident, Belp

II. Das Jahr 2011 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

13. Februar 2011

Eidgenössisch

Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'083'61	1'395'06	43.7%	56.3%
Kanton Bern	151'01	222'75	40.6%	59.4%

Stimmbeteiligung: 48,8% (CH), 52.6% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Kantonal

Grossratsbeschluss betreffend Stellungnahme des Kantons Bern zum Rahmenbewilligungsgesuch für den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
	188'93	179'79	51.2%	48.8%

Stimmbeteiligung: 51.7%

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge mit Volksvorschlag

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Vorlage Grosser Rat	1720'498	1547'749	52.7%	47.3%
Volksvorschlag	1666'892	1642'773	50.4%	49.6%

Stichfrage

- Vorlage des Grossen Rates: 165'728 / 50.0%
- Volksvorschlag: 165'862 / 50.0%
- Ohne Antwort: 20'339

Stimmbeteiligung: 49.4%

Parole SVP Kanton Bern:

Vorlage Grosser Rat: **NEIN**

Volksvorschlag: **JA**

Stichfrage: **Volksvorschlag**

Ergebnis:

Vorlage Grosser Rat: **JA**

Volksvorschlag: **JA**

Stichfrage: **Volksvorschlag**

15. Mai 2011

Kantonal

Kantonales Energiegesetz (KE nG)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Vorlage Grosser Rat	600'881	1276'10	32.1%	67.9%
Volksvorschlag	1540'34	406'71	79.0%	21.0%

Stichfrage

- Vorlage des Grossen Rates : 50'238 / 26.0%
- Volksvorschlag : 143'115 / 74.0%
- Ohne Antwort : 6'245

Stimmbeteiligung: 28%

Parole SVP Kanton Bern: JA zur Vorlage Grosser Rat

Ergebnis: JA zur Vorlage Grosser Rat

Aus der Grossratsfraktion

Auch das Jahr 2011 war ein Wahljahr, allerdings auf eidgenössischer Ebene. Die eidgenössischen Wahlen wirkten sich aber logischerweise auch auf die Arbeit der Grossratsfraktion aus. Etliche Kolleginnen und Kollegen haben sich als Kandidierende im Wahlkampf engagiert. Soweit möglich haben wir ihnen Gelegenheit geboten, als Fraktionssprecher aufzutreten.

Bis Ende Mai war Gerhard Fischer Grossratspräsident. Er erfüllte sein Amt mit grosser Umsicht, engagiert und immer perfekt vorbereitet. Herzlichen Dank, Geri, auch an dieser Stelle, für deinen riesengrossen Einsatz auch im Interesse der SVP!

Januarsession

Verhandlungen

Ein wichtiges Geschäft war die Revision des Gesetzes über die Sozialhilfe. Umstritten waren vor allem die Mitwirkungspflichten der Sozialhilfebezüger und die Verpflichtung der Sozialhilfebezüger, im Zeitpunkt der Einreichung eines Gesuchs um Gewährung von Sozialhilfe eine Vollmacht zu unterzeichnen, damit die Behörden nötigenfalls direkt bei Dritten Informationen einholen können. Diese Vollmacht wurde dank den engagierten Voten von Ueli Studer gegen den erbitterten Widerstand der Ratslinken ins Gesetz aufgenommen. Im Vorfeld der Abstimmung zum Ersatz des KKW Mühleberg musste sich der Rat mit verschiedensten Geschäften zur Kernkraft beschäftigen. Wieder einmal ist es der Linken gelungen, durch geschicktes Timing im richtigen Zeitpunkt in ihrem Sinn ~~zu~~ zu machen, auch wenn nicht viel mehr als warme Luft produziert wurde

Märzsession

Personelles

Leider mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass unser bestens ausgewiesener Kandidat für das Obergericht, Jean Pierre Vicari, gegenüber einem Parteilosen den Kürzeren zog. Der Anspruch der SVP war an sich unbestritten, allerdings hat der parteilose Kandidat den Sitz dann im Parteienproporz der BDP anrechnen lassen, was offenbar bei vielen Grossrätinnen und Grossräten den Ausschlag gab, ihn zu wählen

Erfreulicher verlief die Wahl eines Ersatzmitglieds für das Obergericht. Der von uns vorgeschlagene Marcel Schlup wurde gewählt.

Verhandlungen

Irgendwie bezeichnend war der Vorstoss von Dieter Widmer (BDP), der gleich zu Beginn der Session ein Verbot der überparteilichen Listenverbindungen forderte. Dieser Vorstoss wurde vom Grossen Rat klar abgelehnt.

Ein Hauptthema der Märzsession war die Verabschiedung der Wasserstrategie. Wir versuchten, die Teilstrategie Wassernutzung an den Regierungsrat zurückzuweisen, da die optimale Nutzung der Wasserkraft zur Energieversorgung des Kantons für die Wirtschaft von grosser Bedeutung ist. Die von der BVE vorgeschlagene Strategie verhindert den nötigen Ausbau der Wasserkraft. Leider ist die Rückweisung mit 69:78 Stimmen verhindert worden. Die bürgerliche Allianz scheiterte am Grossteil der FDP und an einigen Vertretern der BDPö

Junisession

Personelles

Da Geri Fischer sein Amt als Präsident des Grossen Rats abgeben musste, konnten wir einen zweiten Stimmzähler vorschlagen. Zusammen mit der bereits seit einiger Zeit im Büro tätigen Käthi Wälchli bildet nun Hugo Kummer unsere Vertretung im Ratsbüro.

Obwohl die SP im Obergericht eigentlich nach Proporz keinen Sitzanspruch mehr hatte, wählte der Grosse Rat anstelle des von uns vorgeschlagenen Kandidaten für eine 80%-Oberrichter-Stelle einen Richter aus der SP.

Ende der Session ist Paul Messerli aus dem Grossen Rat und damit aus der Fraktion ausgetreten. In ihm haben wir einen engagierten Vertreter der Interessen der Gemeinden, aber auch der Landwirtschaft, verloren. Ich danke dir, Paul, noch einmal für deinen grossen Einsatz für die Fraktion und die Partei!

Verhandlungen

Beeindruckt durch die Ereignisse in Fukushima führte der Grosse Rat eine Sondersession zum Thema Energiepolitik durch. Dank sehr guter Fraktionsdisziplin und dank der Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien konnten wir verhindern, dass unüberlegte Entscheide von grosser Tragweite (sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie etc.) gefällt wurden.

Hauptthema war die Behandlung der Initiative Bern erneuerbar. Sie verlangt, dass der gesamte Strombedarf sowie der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser von Gebäuden ab 2035 bzw. 2050 durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Die Initiative geht weiter als das soeben revidierte Energiegesetz, das bezüglich Energieverbrauch bereits sehr restriktive Vorschriften beinhaltet. Die Initiative hätte Zwangssanierungen von Gebäuden im grossen Stil zur Folge und verstösst gegen die Eigentumsgarantie der Bundesverfas-

sung und das eidg. Stromversorgungsgesetz. Die Initiative hätte deshalb als ungültig erklärt werden müssen. Leider gelang dies nicht, weil sich in der FDP um Parteipräsident Flück eine Gruppe von Grossräten gebildet hatte, welche die Stossrichtung der Initiative unterstützte. Die FDP setzte sich dann zusätzlich für einen «Gegenvorschlag» ein, der im Ergebnis noch restriktivere Forderungen enthält als die Initiative selbst. Für mich ist dies unverständlich. Das Geschäft wurde schliesslich an die Kommission zurückgewiesen.

Viel zu reden gab ein vom Regierungsrat beantragter Kredit zum Erwerb von zwei Gebäuden für die Universität Bern von den SBB. Während der Kauf des Gebäudes neben der Hauptgebäude der Universität weitgehend unbestritten war, wehrten wir uns zusammen mit der EDU gegen den Erwerb des Gebäudes an der Mittelstrasse. Zusammen mit verbündeten bürgerlichen Kräften gelang es uns, den Kredit wenigstens zu kürzen und die BVE damit zu zwingen, mit den SBB über den Kaufpreis neu zu verhandeln. Wie sich später zeigen sollte, war dieser Kürzungsantrag richtig, waren doch die SBB auch mit dem reduzierten Kaufpreis einverstanden.

Die Sondersession Energie und die vielen . teilweise auch zwecks Profilierung im Hinblick auf die Nationalratswahlen . eingereichten Vorstösse führten dazu, dass ab der Junisession immer wieder Geschäfte in nächste Sessionen verschoben werden mussten.

Septembersession

Personelles

Zu Beginn der Session wurde Peter Schori als neues Mitglied des Grossen Rats und als Nachfolger von Paul Messerli vereidigt. Peter Schori ist kein Unbekannter, war er doch bereits 2002-2010 Grossrat.

Verhandlungen

Vor dem Hintergrund des Fiaskos in der Gesundheitspolitik (Spitalliste etc.) führte der Grosse Rat eine Sondersession zum Thema «Gesundheitspolitik» durch. Die Sondersession hatte den Vorteil, dass ähnliche Vorstösse zusammengefasst wurden und mit gemeinsamen Beratungen einiges an Zeit gespart wurde. Wichtigstes Ergebnis war, dass gegen den Willen der Regierung eine Motion überwiesen wurde, die die GEF verpflichtete, auf die Festbeschreibung von maximal zulässigen Leistungsmengen pro Spital zu verzichten.

Wieder stand die Initiative «Bern erneuerbar» im Zentrum der Diskussionen, dieses Mal wurde der Gegenvorschlag in erster Lesung beraten. Die Grossratskommission hatte sich um einen grossen Teil der Aufträge aus der ersten Lesung foutiert und darauf verzichtet, die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Initiative und des Gegenvorschlags abzuklären. Zusammen mit der BDP, mit Teilen der FDP und mit der EDU gelang es uns zum Glück, den «freisinnigen» Gegenvorschlag an die Kommission zurückzuweisen mit dem

Auftrag, die Rechtmässigkeit abzuklären. Dieser Entscheid bewirkte einige wüste Reaktionen der linksgrünen Seite und führte zum sofortigen Rücktritt des bisherigen Präsidenten der Kommission.

Novembersession

Personelles

Zu Beginn der Session verabschiedeten wir Nadja Pieren, die nach einem kurzen Gastspiel im Grossen Rat im Oktober in den Nationalrat gewählt worden war. Als Ersatz wurde Markus Aebi, Hellsau, vereidigt.

Verhandlungen

Im Mittelpunkt der Session standen die Finanzgeschäfte, und hier vor allem die Beratung des Budgets 2012. Der Regierungsrat hat sich schon sehr früh auf den Standpunkt gestellt, es sei ohne schwerwiegende Konsequenzen nicht mehr möglich, weiter zu sparen, und legte der Finanzkommission einen Budgetentwurf vor, der gleich beide in der Verfassung verankerten Schuldenbremse verletzte (Schuldenbremse für die laufende Rechnung und Schuldenbremse für Investitionen). Die parteiinterne Finanzkommission hat als Folge davon eigene Sparvorschläge ausgearbeitet. Diese fanden aber in der grossrätlichen Finanzkommission keine Mehrheit. Die Kommission schlug dem Grossen Rat als Kompromiss schliesslich vor, die Motorfahrzeugsteuern für das Jahr 2012 noch mit den alten Sätzen zu budgetieren und die eigentlich in einer Volksabstimmung beschlossene, aber dann angefochtene, Steuersenkung für das Budget nicht zu berücksichtigen. Weil mit dieser Vorgehensweise das Problem der ständig steigenden Ausgaben nicht gelöst, sondern das Problem nur hinausgeschoben wurde, hat die SVP-Fraktion einen Grossteil der Streichungsanträge in der Budgetdebatte erneut eingereicht. Leider wurden wir, und das auch nur teilweise, lediglich von der EDU unterstützt. Damit wurden alle unsere Anträge für Ausgabenkürzungen abgelehnt. Die beiden anderen bürgerlichen Parteien haben sich darauf beschränkt, die von den Linksgrünen geforderten Zusatzausgaben abzulehnen. FDP und BDP haben unsere Kürzungsanträge mit fadenscheinigen Argumenten, zum Teil sogar ohne etwas zu sagen, abgelehnt. So ist es schwierig, bürgerliche Finanzpolitik zu betreiben.

Bei der Beratung der Spitalversorgungsplanung 2011-2014 spielte die bürgerliche Zusammenarbeit zum Glück wieder. Diese Planung strotzte nur so von planwirtschaftlichen Ansätzen. Dem Gesundheitsdirektor wurde nun ein weiteres Mal der Auftrag erteilt, auf Leistungsmengenbegrenzungen bei den Spitälern zu verzichten und im Spitalbereich ein Minimum an Markt zuzulassen. Um eine Rückweisung der Planung zu verhindern, sah sich der Gesundheitsdirektor schliesslich sogar gezwungen, eine Kommission zur Begleitung des Spitalistenprozesses einzusetzen.

Peter Brand, Grossrat und Fraktionspräsident, Münchenbuchsee

Zusammenfassungen Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2011 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzgebungsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die detaillierten Vernehmlassungsantworten können auf dem Parteisekretariat bezogen und www.svp-bern.ch heruntergeladen werden):

Dringliche Verordnung über die Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen, die Stiftungen und die Familienausgleichskassen (28.01.2011)

Die SVP Kanton Bern stimmt dem Entwurf zu und hat Verständnis für den Weg der dringlichen Verordnung. Zu den einzelnen Bestimmungen hat sie keine Bemerkungen.

Totalrevision der Gesetzgebung über die politischen Rechte (28.01.2011)

Die SVP Kanton Bern ist mit der vorgeschlagenen Gesetzesrevision grundsätzlich einverstanden, sieht jedoch im Interesse einer schlanken und bürgerfreundlichen Demokratie noch in einigen Punkten Handlungsbedarf. Punkto Information der Stimmbürger muss Klarheit geschaffen werden, sodass künftig die Abstimmungsbotschaft und die Verlautbarungen der Regierung den Grundsätzen einer objektiven und zurückhaltenden Informationspraxis genügen müssen. Die Einführung einer stillen Wahl wird begrüsst. Nicht einverstanden ist die SVP damit, dass die Forderung betreffend die Abgabe mehrerer Listen derselben Partei bei der brieflichen Stimmabgabe nicht vollumfänglich berücksichtigt werden soll. Sie schlägt deshalb detaillierte Ergänzungen vor. Klar abgelehnt wird die geplante Neuregelung, wonach Referenden innert 30 Tagen mit 30 bis 50 Unterschriften bei der Staatskanzlei angemeldet werden müssen. Dies schränkt die Demokratie unnötig ein. Gefordert wird, dass generell und insbesondere auch bei Regierungsratswahlen künftig ausseramtliche Wahlzettel wieder zulässig sind. Einverstanden ist die SVP damit, dass bei mehreren Kandidierenden mit gleich vielen Stimmen das Los entscheiden soll. Gefordert wird, dass bei den Grossratswahlen analog zu den Nationalratswahlen die Zuteilung der Listennummern nach bisheriger Parteistärke zu erfolgen hat. Die SVP verlangt weiter, dass der Volksvorschlag in konstruktives Referendum umbenannt wird.

Gesetz über die Finanzierung der Sanierung von 300-Meter-Schiessanlagen (FSSG) (01.02.2011)

Die SVP Kanton Bern weist den als unnötig erachteten Gesetzesentwurf zurück. Er geht zu einseitig zu Lasten der Schützen, entspricht den übergeordneten Bundesgesetzen nicht und trägt der Rolle von Kanton und Gemeinden im Schiesswesen, welche Aufgaben im Bereich des ausserdienstlichen Schiesswesens zu übernehmen haben, zu wenig Rechnung. Zudem erfolgte der Eintrag des Bleis in die Kugelfänge über Jahrzehnte, sodass es dem Gerechtigkeitsempfinden und den Kostentragungsgrundsätzen widerspricht, dafür nun zum grossen Teil die heutigen Schützen verantwortlich und kosten-

pflichtig zu machen. Es geht somit nicht an, den Grossteil der nach Abzug der Bundesbeteiligung verbleibenden Kosten den heutigen Schützen zu überbinden, indem die Sanierung über eine Schussabgabe finanziert werden soll. Die SVP Kanton Bern bestreitet auch, dass alle weiterbetriebenen Anlagen wirklich saniert werden müssen, da es auch möglich wäre, einige nicht mehr ausgelastete Anlagen stillzulegen und auf eine harte Sanierung zu verzichten, soweit nicht zwingende Gründe des Gewässerschutzes dagegen sprechen. Für den Fall, dass der Regierungsrat trotz allem an der Vorlage festhalten sollte, fordert die SVP diverse Änderungen. So sollte der Kostenanteil der Gemeinden verbindlich festgehalten werden und signifikant höher sein. Auch der Kostenanteil des Kantons sollte mindestens 20% betragen. Die Abgabe pro Schuss ist auf 3-5 Rappen zu begrenzen. Die Schaffung eines weiteren Fonds schliesslich wird entschieden abgelehnt.

Volksschulgesetz (VSG) (Änderung) (01.02.2011)

Die SVP Kanton Bern ist mit vielen Punkten der Vorlage einverstanden. Die Basisstufe wird allerdings abgelehnt, da Auswertungen der Versuchsphase gezeigt haben, dass sich im Vergleich zum bisherigen Einschulungssystem keine erwähnenswerten Verbesserungen ergeben. Zudem wird die Basisstufe auch aus Kostengründen abgelehnt. Die freiwillige Einführung würde die Situation verschlimmern, da in den Gemeinden unterschiedliche Systeme zur Anwendung kämen, was dem Grundsatz von HarmoS, der Erleichterung der Mobilität, klar widersprechen würde. Die SVP Kanton Bern lehnt daher auch die vorgeschlagene freiwillige Einführung der Basisstufe ab. Begrüsst wird, dass die im Abstimmungskampf zu HarmoS seitens des Regierungsrates abgegebenen Versprechen, eine gewisse Flexibilität beim Kindergarten-Eintritt zu gewährleisten, mit dem Entwurf des Gesetzes gehalten wurden. Gefordert wird, die Integrationsthematik ebenfalls zur Diskussion zu stellen. Die SVP fordert weitere Änderungen in diversen Artikeln.

Tourismusentwicklungsgesetz (TEG) (Änderung) (10.02.2011)

Die SVP unterstützt die Straffung der Anzahl beitragsberechtigter Destinationen, um im hart umkämpften nationalen und internationalen Markt bestehen zu können. Bei einzelnen Artikeln hat die SVP Änderungswünsche. Die SVP fordert, dass sich der Kanton an einer aus Destinationen gebildeten Dachorganisation beteiligt, welche die destinationsübergreifende Marktbearbeitung durch Aufträge an Schweiz Tourismus sicherstellt, statt dass der Kanton selbst in der touristischen Marktbearbeitung tätig wird. Bekämpft wird die Aufhebung des Grundsatzes «Mittelherkunft = Mittelverwendung» zugunsten kantonsinterner Mittelverschiebungen.

Gesetz über die Ausübung der Prostitution (ProsG) (14.02.2011)

Die SVP Kanton Bern bezweifelt die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes zur Regelung der Prostitution, da die Prostitution bereits im Gewerbebereich Eingang gefunden hat und es schwer nachvollziehbar ist, wieso dieser Ge-

werbezweig noch in einem eigenen Gesetz geregelt werden soll. Auch in den anderen deutschsprachigen Kantonen gibt es keine spezifischen Prostitutionsgesetze, es reicht aus, die bestehenden Gesetze zu ergänzen. Handlungsbedarf besteht allenfalls in zusätzlichen Regelungen zum Schutz der Öffentlichkeit vor störenden Emissionen, welche durch die Prostitution entstehen, sowie zur Sicherung der Handlungsoptionen der Polizei im Verdachtsfall. Im Vordergrund hat die Gewährleistung der Sicherheit und der Ruhe und Ordnung zu stehen. Die SVP Kanton Bern schlägt vor, anstatt des Gesetzesentwurfes Ergänzungen zu den bestehenden Gesetzen vorzulegen. Die Schaffung eines neuen Gesetzes wird hingegen abgelehnt.

Versorgungsplanung 2011-2014 gem. Spitalversorgungsgesetz (14.02.2011)
Kritisiert werden insbesondere der viel zu späte Zeitpunkt der Konsultationsphase der Versorgungsplanung und der Umstand, dass keine Spitalliste vorliegt. Weiter äussert die SVP ihr Unverständnis darüber, dass die Revision des SpVG nicht bereits erfolgt ist und die Versorgungsplanung deshalb auf dem derzeitigen, mit dem KVG zum Teil in Widerspruch stehenden SpVG basiert. Auch wird die verwendete Zahlenbasis bemängelt. Die Zustände einer Planwirtschaft, wie sie durch die Versorgungsplanung geschaffen würden, werden ebenfalls kritisiert. Die Zielsetzungen sind zu allgemein gehalten, die SVP Kanton Bern ist aber einverstanden mit den Versorgungszielen betreffend die nationale und internationale Stellung des Unispitals sowie die Kostenführerschaft. In allen Bereichen (Somatische Akutversorgung, Rehabilitation, Psychiatrie, Rettungswesen Gesundheitsberufe) schlägt die SVP diverse Verbesserungen vor.

Kantonaler Sachplan Abbau, Deponie, Transport (ADT) (14.02.2011)
Die SVP anerkennt die Wichtigkeit der Revision des Sachplans ADT und befürwortet die Beibehaltung der grundsätzlichen Linie des bisherigen Sachplans, die sich mehrheitlich bewährt hat. In diesem Sinne unterstützt sie das Grundgerüst des Entwurfs. Kritisiert wird, dass Anwendungspräzisierungen später in einem separaten Handbuch zum Sachplan geregelt werden sollen, da dadurch der Sachplan nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geprüft werden kann. Die SVP verlangt eine ausgewogene und unvoreingenommene Interessenabwägung unter Betrachtung aller betroffenen Interessen. Einzelne Interessen (wie z.B. Wald) dürfen nicht vorweg als Ausschlusskriterien gesetzt werden. Um Engpässe beim Abbau wie auch bei den Deponien zu vermeiden, sind die Regionen anzuhalten, unmittelbar nach Verabschiedung des Kantonalen Sachplanes die regionalen Richtpläne zu erarbeiten und auf den Kantonalen Sachplan abzustützen. Die SVP weist auf verschiedene wunde Punkte in einzelnen Bestimmungen hin und verlangt entsprechende Änderungen, die wie folgt zusammengefasst werden können: Das Handbuch ADT ist mit dem überarbeiteten Sachplan ADT in eine 2. Mitwirkung oder Vernehmlassung zu bringen. Der Kanton und die Regionen müssen sich weitgehend aus dem Wettbewerb heraushalten und nicht zu stark Einfluss

auf den Wettbewerb und die einzelnen Interessengruppen nehmen. In diesem Gebiet spielt der Markt weitgehend selbständig. Die Planungshorizonte müssen unbedingt länger gefasst werden. Bei der Planung einzelner Standorte sind die regionalen Abbauunternehmen in geeigneter Form mit einzubeziehen (z.B. in einem Beratungsgremium ohne Stimmrecht).

Änderung des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (11.03.2011)

Die SVP ist mit den Vorschlägen mehrheitlich einverstanden, nicht aber mit der Änderung betreffend die minimale Betriebsgrösse landwirtschaftlicher Gewerbe. Sie fordert, die Gewerbegrenze im Hügel- und Berggebiet auf 0.75 SAK festzulegen, da die Definition des landwirtschaftlichen Gewerbes in verschiedenen Gesetzen als Referenzgrösse dient und deshalb sehr wichtig ist.

Einführungsgesetzgebung zum neuen Erwachsenen- und Kinderschutzrecht (EG KES) (23.03.2011)

Die Gesetzesänderung auf eidg. Ebene darf kein Auslöser für eine Überreglementierung auf kantonaler Stufe werden und zum unnötigen Aufbau neuer Strukturen führen. Die SVP Kanton Bern favorisierte daher klar die mehrere Millionen Franken günstigere und auf bewährte Strukturen abstellende kommunale Variante. Der Gesetzesentwurf der Regierung mit einem regionalen Modell, der beträchtliche Mehrkosten gegenüber einem fraglichen Nutzen mit sich bringt, wird deshalb kritisiert. Wichtig wäre, die Entscheidungsfindung nahe bei den Gemeinden und ihren Bürgern anzusiedeln, bei der Neuregelung möglichst bestehende personelle und materielle Ressourcen zu nutzen, in den Fachbehörden möglichst breites Wissen inkl. Know How von Milizpersonen zu nutzen und damit sicherzustellen, dass auch die Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten in die Entscheidungsfindung einfließen. Die SVP bemängelt, dass der vorgelegte Entwurf diese Erwartungen nicht erfüllt, sondern zu einem kostenintensiven Neuaufbau von Strukturen führt. Es wäre sinnvoller gewesen, die Fachbehörde administrativ bei den Regierungsstatthalterämtern anzusiedeln. Die SVP macht verschiedene Verbesserungsvorschläge: Die Fachbehörden wären auf der Basis der Verwaltungskreise zu regeln, die Regierungsstatthalter sollten direkt als Mitglieder der Fachkommission vorgesehen werden und in der Fachbehörde sollten auch so genannte Laien mitwirken können. Diese Möglichkeit lässt die eidgenössische Gesetzgebung zu. Weiter ist es ausreichend, wenn ein Mitglied der Fachbehörde einen juristischen Abschluss mitbringt und die übrigen Mitglieder auf Grund einer Fachausbildung oder ihrer bisherigen behördlichen oder beruflichen Erfahrung mit der Materie vertraut sind. Die SVP schlägt deshalb vor, die entsprechenden Artikel so anzupassen, dass die Regierungsstatthalter Mitglieder der Fachbehörden sind und die Besetzung der übrigen Mitglieder mehr Gestaltungsraum erhält.

Gesetz über die Pärke von nationaler Bedeutung und das Weltnaturerbe (PWG) (06.05.2011)

Die SVP erachtet es als richtig, die Gesetzgebung über den Natur- und Heimatschutz und die Verordnung über die Pärke von nationaler Bedeutung grundlegend zu überarbeiten und den neusten Erkenntnissen anzupassen. Neben dem heimat- und naturschützerischen Aspekt sind der SVP Kanton Bern auch die wirtschaftliche Entwicklung der regionalen Landwirtschaft und des ortsansässigen Gewerbes sowie allfällige touristische Interessen in den Naturparkregionen wichtige Anliegen, welche auch im neuen Gesetz berücksichtigt werden müssen. Die regionalen Naturpärke im Kanton Bern werden voraussichtlich auch nach 2015 auf finanzielle Beiträge des Kantons angewiesen sein. Deren Höhe und die Bedingungen zu ihrer Gewährung müssen den finanziellen Möglichkeiten des Kantons Bern und der Trägerschaftsgemeinden zwingend angepasst werden können. Da die Gemeindeautonomie gewahrt werden muss, fordert die SVP die Streichung der Pflicht zur Abstimmung von kommunalen Planungen auf die Parkziele.

Kulturförderungsgesetz (Revision) (31.05.2011)

Die SVP Kanton Bern respektiert die Kultur als Bereicherung des Alltags und steht hinter dem kantonalen Verfassungsartikel. Im Kulturförderungsgesetz ist lediglich das zu regeln, was einer besonderen Regelung bedarf, d.h. im Wesentlichen kantonale Spezialgeschäfte wie die Regelung der Finanzierung von Kulturinstitutionen nationaler Bedeutung. Grundsätzlich aber gedeiht die Kultur am besten, wenn sie über den nötigen Freiraum dazu verfügt. Da der Regierungsrat eine positive Bilanz der Massnahmen auf Grund der bisherigen gesetzlichen Grundlagen zieht, stellt sich für die SVP die Frage, ob tatsächlich Handlungsbedarf besteht und ein neues Kulturförderungsgesetz nötig ist. Die SVP Kanton Bern unterstützt daher nur ein neues Kulturförderungsgesetz, welches den Grundsätzen der Subsidiarität und der Gewährleistung der Gemeindeautonomie genügt und nicht zu höheren Ausgaben oder Personalkosten führt und dem Regierungsrat nicht höhere Finanzkompetenzen einräumt als bisher. Entsprechend fordert die SVP im Entwurf diverse Korrekturen. Die SVP wehrt sich etwa dagegen, dass die Kulturförderung als umfassende Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden stipuliert wird, und äussert sich dezidiert gegen die Schaffung eines Kulturförderungsfonds.

Anpassung des kantonalen Rechts an das revidierte KVG (Spitalfinanzierung): Einführungsverordnung und Änderung der SpVV (20.06.2011)

Die SVP Kanton Bern kritisiert das Vorgehen des Regierungsrates und das Dringlichkeitsverfahren auf Verordnungsstufe, nachdem die Regierung Monate und Jahre untätig gewesen war. Sie hält fest, dass die Beschlüsse zur Änderung der rechtlichen Grundlagen auf Bundesebene längst bekannt gewesen wären.

Zur Einführungsverordnung: Die SVP beanstandet, dass die Vorgaben des Regierungsrates einer guten und wirtschaftlich tragbaren Versorgung für die Bevölkerung zuwiderlaufen und etliche Regelungen enthalten, welche zu einem Ausbau der Bürokratie und der Kontrollstellen auf Verwaltungsstufe führen, aber nichts zur Qualität der Versorgung für die Patienten beitragen. Besonders kritisiert werden die vom Kanton beabsichtigten Mengenbeschränkungen, welche eine Planwirtschaft im Gesundheitswesen darstellen und im KVG nicht vorgesehen sind. Die SVP lehnt die Mengenbeschränkungen entschieden ab. Eine dringliche Verordnung sollte sich auf die zwingenden Bestimmungen auf der Basis der eidgenössischen Gesetzgebung konzentrieren, weshalb die SVP die Streichung etlicher Artikel verlangt.

Zur Spitalversorgungsverordnung (SpVV): Die Änderung der Verordnung ist nicht dringlich und führt zu Regelungen, welche der eidgenössischen Gesetzesgrundlage und der Zielsetzung des übergeordneten Rechts zuwider laufen. Bei etlichen Bestimmungen äussert die SVP deshalb ihre Bedenken.

Kurzkonsultation zu den neuen rechtlichen Grundlagen über den Kindes- und Erwachsenenschutz (24.06.2011)

Die SVP äussert ihr Erstaunen über den Entscheid des Regierungsrats, den laufenden Gesetzgebungsprozess abubrechen und stattdessen in einer Kurzkonsultation ein kommunales Modell vorzuschlagen mit dem Hinweis auf die angespannte Finanzlage des Kantons. Bereits im Rahmen des ordentlichen Vernehmlassungsverfahrens hatte die SVP das kommunale Modell, auch aus Kostengründen, bevorzugt. Die SVP ist zwar erfreut, dass die Regierung auch zu diesem Schluss gekommen ist, gibt aber zu bedenken, dass die Finanzlage des Kantons längst bekannt war und dass der Regierungsrat der Verwaltung viel Arbeit und dem Kanton damit viel Geld gespart hätte, wenn von Anfang an eine möglichst günstige Variante vorgeschlagen hätte. Die SVP betont, dass die Modernisierung des Erwachsenen- und Kinderschutzes auf eidg. Ebene nicht Auslöser für den Aufbau eines völlig neuen Apparates werden darf. Bewährtes ist beizubehalten, und wenn möglich ist auf bestehende Strukturen aufzubauen. Bemängelt wird, dass der Kanton weiter geht als vom übergeordneten Recht vorgeschrieben und damit die Gemeinden dem Aufwand einer unnötigen und aufwändigen Reorganisation aussetzt und in Kauf nimmt, dass Fehlentscheide getroffen werden, wenn die Zusammensetzung der Behörde alleine auf Grund ausgewählter beruflicher Abschlüsse erfolgt anstatt unter Berücksichtigung der Kenntnisse der Personen in Bezug auf lokale und familiäre Gegebenheiten. Ferner weist die SVP darauf hin, dass der Kanton mit den Regierungsstatthalterämtern über eine Struktur verfügt, welche auch unter Berücksichtigung der eidgenössischen Vorgaben weiterhin genutzt werden kann.

Änderung des Gemeindegesetzes . Einführung von HRM2 (05.08.2011)

Die SVP Kanton Bern begrüsst Massnahmen, die für Transparenz und Vergleichbarkeit von Kennzahlen der öffentlichen Hand sorgen, wenn sie in ei-

nem guten Aufwand-Nutzen-Verhältnis stehen. Da eine Standardisierung der Kennzahlen nicht zu einer Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes führen darf, steht die SVP Kanton Bern der Einführung von HRM2 nicht vorbehaltlos gegenüber. Wichtig ist, dass in einem ersten Schritt einige ausgewählte Gemeinden auf freiwilliger Basis in einer Art Pilotprojekt mit HRM2 operieren und erst auf Grund der gemachten Erfahrungen über eine allgemeine und allenfalls flächendeckende Einführung entschieden wird. Es ist keine Dringlichkeit zur Einführung von HRM2 gegeben. Im Falle einer Einführung wird auf die Gemeinden ein beträchtlicher finanzieller und personeller Aufwand zukommen. Die Gemeinden sollten auf die Unterstützung des Kantons zählen können, die SVP bezweifelt aber, dass der Beratungsaufwand tatsächlich ohne Aufstockung durch das AGR abgedeckt werden kann.

Hundegesetz (HunG) (08.09.2011)

Die SVP schlägt einige Gesetzesänderungen vor, damit das Gesetz den verschiedenen Interessen Rechnung tragen kann, ohne einen bürokratischen Apparat aufzubauen. Gefordert wird eine Leinenpflicht bei jeglichem Betreten und beim Überqueren von bestossenen Weiden. Die Bestimmung betreffend das Ausführen von Hunden im Rudel ist zu streichen, da die Zahl von drei Hunden als Grenze zum sRudel%willkürlich gewählt scheint und die Verantwortlichkeiten der Hundehalter ohnehin grundsätzlich geregelt sind. Betreffend Beseitigung von Hundekot wird eine Ergänzung gefordert, wonach die den Hund ausführende Person den Grundeigentümer in geeigneter Form zu benachrichtigen hat, wenn sie den Kot auf einer Weide nicht beseitigt werden kann. Die Versicherungspflicht erscheint der SVP zwar grundsätzlich sinnvoll, allerdings sind noch offene Fragen zu klären. Für die Haltung von Herdenhunden verlangt die SVP einige Ausnahmen des Gesetzes, da deren Spezialaufgaben entsprechende Ausnahmen im Gesetz erfordern.

Vernehmlassung zur Totalrevision der Gesetzgebung über die politischen Rechte . Konsultation zu Artikel 27 des regierungsrätlichen Entwurfs (14.12.2011)

Die SVP erachtet die Regelung, dass nur nachgezählt wird, wenn Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen, nach wie vor als zweckmässig und der Demokratie dienlich. Es besteht keine Eile, die Gesetzgebung dem Bundesgerichtentscheid anzupassen, solange auf eidgenössischer Stufe die gesetzgeberische Diskussion im Gange ist. Die SVP ist deshalb der Meinung, dass auf die Einführung des Regelungskonzeptes zu verzichten ist. Wenn festgeschrieben wird, bei welchem Resultat nachzuzählen ist, sollte dies auf Gesetzesstufe geregelt werden, damit das Stimmvolk in einem Referendum selber darüber entscheiden kann, wann es nachzählen will.

Personalgesetzrevision 2013 (23.12.2011)

Die SVP Kanton Bern lehnt die Schaffung der zwei neuen Gehaltsstufen und insbesondere die Erhöhung des Regierungsratslohnes entschieden ab und

äussert ihr Erstaunen darüber, dass der Regierungsrat einerseits aufgrund der düsteren finanzpolitischen Aussichten Steuererleichterungen jeglicher Art ablehnt respektive rückgängig machen will (Stichwort Volksentscheid betreffend Motorfahrzeugsteuern) und andererseits sich und den obersten Kaderangestellten zu Lohnerhöhungen verhelfen will. Die Erhöhung des Regierungsratslohns wird mit der gesetzlich festgelegten Regelung zur Wahrung der inneren Lohngleichheit begründet, wonach die Entschädigung der Regierungsmitglieder 15% über der obersten kantonalen Lohnklasse liegen solle. Die SVP erachtet dies als nicht mehr zeitgemäss und ist der Ansicht, dass eine entsprechende Anpassung dieser gesetzlichen Regelung die politisch sensiblere Lösung gewesen wäre als die Erhöhung des Regierungsratslohns, zumal auch sonst keine Notwendigkeit zur Anpassung der Regierungsratslöhne besteht. Die SVP teilt auch die Auffassung des Regierungsrates nicht, dass sich das Parlament in der Januarsession 2011 für die Einführung der Vertrauensarbeitszeit bei gleichzeitiger Anhebung der Löhne der Betroffenen ausgesprochen hat. Letzteres geht aus der Debatte im Grosse Rat nicht hervor. Mit der Einführung der Vertrauensarbeitszeit an sich ist die SVP einverstanden, es kann daraus aber nicht die Notwendigkeit der Schaffung zweier zusätzlicher Gehaltsklassen abgeleitet werden. Mit der vorgeschlagenen klaren Definition des Kaderbegriffs ist die SVP Kanton Bern grundsätzlich einverstanden, wobei jedoch zu bedenken wäre, dass sich je nach Amt respektive je nach Amtsgrösse die zu tragende Verantwortung doch stark unterscheidet, sodass die Zuteilung in die oberste Kaderstufe eigentlich anzupassen wäre. Die vier Kaderstufen sollten zudem innerhalb des geltenden Gehaltssystems ohne zusätzliche Gehaltsklassen eingereiht werden. Mit der Abschaffung der Langzeitkonti für die Funktionen der Kaderstufe 1 ist die SVP Kanton Bern einverstanden. Begrüsst wird auch die Streichung der stossenden Treueprämie für Regierungsmitglieder.

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art 31. Die Geschäftsleitung tagte 2011 8 Mal.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art 29, zu. 2011 tagte der Parteivorstand 4 Mal. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden vom Parteivorstand im Jahr 2011 folgende Geschäfte behandelt:

- Ständeratswahlen
- Mandatsbeiträge der Vertreter der Justiz . Konzept
- Die SVP im Web - Konzept
- Vorbereitung des zweiten Wahlgangs für die Ständeratswahlen
- Vorbereitung der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober

Delegiertenversammlungen

Delegiertenversammlung Weisses Kreuz, Lyss 12. Januar 2011

- Begrüssung und Eröffnung
- Nationalratswahlen . Komplettierung der Liste:
 - Nomination von Ueli Jost, Grossrat, Thun
- Eidg. Abstimmungsvorlage:
 - Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»
- Kant. Abstimmungsvorlage:
 - Grossratsbeschluss betreffend Stellungnahme des Kantons Bern zum Rahmenbewilligungsgesuch für den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg
 - Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge mit Volksvorschlag
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

31. März 2011

- Begrüssung und Eröffnung
- Kant. Abstimmungsvorlage:
 - Kantonales Energiegesetz (KEng) mit Volksvorschlag
- Eidg. Wahlen 2011
- Rechnung 2010
- Budget 2011
- Jahresbericht 2010
- Wahlen Parteivorstand
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Alte Reithalle, Thun

14. September 2011

- Begrüssung und Eröffnung
- Orientierung zum weiteren Vorgehen bei der Motorfahrzeugsteuer
- Eidg. Wahlen 2011: Es braucht mehr SVP!
- Wettbewerb BEA 2011 . Bekanntgabe der Gewinner
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Saalbau, Kirchberg

31. Oktober 2011

- Begrüssung und Eröffnung
- Eidg. Wahlen 2011: Erste Analysen
 - Nationalratswahlen
 - Ständeratswahlen
- Vorbereitung für einen allfälligen zweiten Wahlgang bei den Ständeratswahlen
 - Politische Beschlussfassung
 - Finanzbeschluss in Ergänzung zum Budget 2011
- Die kommenden Aufgaben der SVP
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Fachkommissionen

Bau, Verkehr und Energie (BVE)

Auch im vergangenen Jahre haben sich die Mitglieder der Fachkommission mit unzähligen Projekten befasst und diese auch im Grossen Rat, im Namen

der Grossratsfraktion, vertreten. Immer wieder realisiert man, wie schwierig sich die Entscheidungsfindung gestaltet.

Finanzpolitische Überlegungen gehen einher mit den regionalpolitischen Interessen. Dazu kommen die Meinungen der Fraktionsmitglieder, welche in die Abwägungen mit einbezogen werden müssen.

In der Fraktion dürfen wir auf die Meinung, auch auf die Überlegungen der verschiedenen Kommissionsmitglieder, welche in den ständigen Kommissionen oder in einer speziell formierten Kommission arbeiten, zählen. Das ist gut so. Aber schon oft sind Konflikte entstanden, welche zu harten Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen SVP-Fraktionskolleginnen und -kollegen geführt haben. Das ist eben Meinungsbildung und politischer Alltag.

Die Mitglieder dieser ständigen Kommissionen (Oberaufsichts-, Finanz- und Justizkommission) weisen durch ihre Arbeit einen grossen Informationsvorsprung gegenüber unseren Fachkommissionsmitgliedern aus. Das gilt sinn- gemäss auch für die speziellen Kommissionen, welche vorberatend tätig sind.

Im Klartext heisst das, dass sich ein Kommissionsmitglied in der parteiübergreifenden Kommissionsarbeit mit diesem und jenem Projekt, welches in den Grossen Rat kommt, oft mit viel Zeitaufwand auseinander gesetzt hat.

In diesen Kommissionen finden parteiübergreifende, ausführliche Diskussionen statt und oft sind Fachleute dabei, welche Auskunft geben und Fragen beantworten.

Die SVP-Vertreter/Innen bringen die Meinung der Kommission in die Fraktion. Und eben durch diesen sehr unterschiedlichen Wissensstand entstehen wiederum die meinungsbildenden Diskussionen und die vorher besagten Konflikte.

Die Fraktions- und auch die Fachkommissionsmitglieder wissen, dass wir als SVP-Fraktion eine gut verbundene und auch gut vernetzte Einheit sind, und die anspruchsvollen Gespräche werden immer hart, aber in einem guten und gemässigten Ton geführt. Wir haben immer die richtigen Entscheide gefunden.

Oft steht die SVP im Parlament alleine da, weil wir uns auch immer fragen: ~~skönnen wir uns das leisten?~~ Auf den Grossen Rat warten in der Direktion BVE viele Projekte und es stehen grosse Projekte an, welche einen riesengrossen Finanzbedarf auslösen werden. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist nur ein Thema, bei welchem noch lange nicht alle Fragen beantwortet sind. Wir haben uns im Rat entsprechend geäussert und dies auch mit einem Beispiel mit dem militärischen Funkgerät zu verbildlichen versucht. Bei Gesprächen auf dem Funknetz wurden und werden folgende Funkregeln eingetrichtert:

1. Denken!
2. Drücken!
3. Schlucken!
4. Sprechen!

Es würde Politikern gut anstehen, sich bei vielen Themen vor überstürzten Entscheiden nach diesen gut verständlichen Funkregeln zu verhalten. Noch ist viel zu tun und die Mitglieder der Fachkommission werden sich auch in der Zukunft mit vielen Themen auseinandersetzen dürfen, können, müssen und sich im Parlament entsprechend äussern.

Es lohnt sich, sich für unseren wunderschönen Kanton einzusetzen und hoffentlich können wir die gewonnene bürgerliche Mehrheit noch mehr nutzen, um unseren Kanton weiter zu bringen.

Den Fachkommissionsmitgliedern danke ich für die gute Arbeit welche sie in jeder Session leisten, und freue mich auf eine erfreuliche weitere Zusammenarbeit.

Carlo Kilchherr, Grossrat, Thun

Erziehung (ERZ)

Die fraktionsinterne Bildungskommission setzte sich Anfang Jahr zusammen aus folgenden neun Grossrätinnen und Grossräten: Sabina Geissbühler, Bethli Küng, Nadja Pieren, Béatrice Struchen, Käthi Wälchli, Ueli Augstburger, Alfred Bärtschi, Peter Brand und Lars Guggisberg. Ich durfte das Präsidium von Beatrice Struchen übernehmen, der ich an dieser Stelle herzlich für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren danken möchte.

Die Kommission traf sich jeweils vor den fünf Grossratssessionen zur Vorbereitung der ERZ-Geschäfte. Die Traktandenlisten waren reich befrachtet mit diversen Kreditvorlagen und zahlreichen Vorstössen aus allen Themenbereichen, die der Zuständigkeit der Erziehungsdirektion unterliegen: Kindergarten, Volksschule, Mittelschule, Berufsbildung, Hochschule und Kultur. Aufgrund des grossen Pendenzenbergs mussten diverse ERZ-Geschäfte im Laufe des Jahres auf spätere Sessionen verschoben werden, einige davon sogar mehrmals.

In der Märzsession unterlag unsere Fraktion bei der Bekämpfung des Kredits für das Projekt Bildung und Kultur letztlich knapp. In derselben Session kam das Musikschulgesetz zur ersten Beratung im Grossen Rat. Das Gesetz wurde letztlich in der Junisession mit grosser Zustimmung verabschiedet. In der Septembersession wurden die Kantonsbeiträge 2012-2015 für das Freilichtmuseum Ballenberg einstimmig genehmigt. Ebenfalls im September fand ein Vorstoss für kostendeckende Studiengebühren für Ausländer als Postulat ei-

ne Mehrheit. In der Novembersession blieb unser Antrag auf Rückweisung des Kreditgeschäfts betreffend die Gesamtsanierung des Stadttheaters Bern chancenlos. Die Kantonsbeiträge 2012/13 für das Schweizerische Alpine Museum hiess der Grosse Rat demgegenüber in unserem Sinne gut. Für sehr viel Diskussionsstoff sorgte in der letzten Session des Jahres die Teilrevision des Volksschulgesetzes (REVOS), welche insbesondere die freiwillige Einführung der Basisstufe beinhaltet und die teilweise Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Kanton Bern vorsieht. Die Vorlage wird in der Märzsession in zweiter Lesung beraten.

Nach den Eidgenössischen Wahlen im Herbst mussten wir eines unserer Mitglieder ziehen lassen. Namens der internen Bildungskommission gratuliere ich an dieser Stelle Nadja Pieren herzlich für die Wahl in den Nationalrat!

Abschliessend möchte ich meinen Kommissionsmitgliedern für die interessante und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danken.

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Finanzen und Verwaltung (FIN)

Im Jahre 2011 tagte die Kommission an fünf ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session sowie zusätzlich an einer Sondersitzung zur Vorbereitung von Anträgen für den Voranschlag 2012. Nebst der Behandlung der finanzrelevanten Vorstösse der einzelnen Sessionen behandelte die Kommission folgende Schwerpunkte:

Motorfahrzeugsteuern: Im Jahr 2011 war die Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuern sowohl finanziell wie auch politisch ein wichtiges Thema. Das knappe Abstimmungsergebnis wurde angefochten und anschliessend erfolgten fragwürdige Gerichts- und Regierungsratsentscheide, welche nun wohl (definitiv entscheiden muss das Bundesgericht) zu einer Wiederholung dieser Abstimmung führen. Eine Mehrheit des Grossen Rates sowie der Regierungsrat brachten es gegen den Willen der SVP fertig, ein allfälliges Inkrafttreten ein Jahr auf den 1.1.2013 hinaus zu schieben, obwohl eine solche Änderung im Bereich des Volksvorschlages gar nicht zulässig ist.

Die **Initiative «Faire Steuern È Für Familien»** beschäftigte die interne FiKo wie auch die zuständige Grossratskommission bereits im Jahre 2011, obwohl sie erst im Herbst 2012 zur Abstimmung kommen wird. Entgegen dem Titel der Initiative geht es um ein Rückgängigmachen der erst kürzlich vom Volk angenommenen, sehr moderaten Steuersenkung (der Kanton Bern verliert trotz dieser Senkung laufend Plätze gegenüber anderen Kantonen, da diese die Steuern noch mehr senken) sowie um die Abschaffung der Pauschalsteuern. Die Erhöhung des Kinderabzuges als einziges familienfreundliches

Element der Initiative ist eher nebensächlich. Die SVP wird alles daran setzen, dass die Steuern nicht erhöht werden und die Pauschalbesteuerung nur verschärft, jedoch nicht abgeschafft wird.

Voranschlag/Finanzplan: Hauptthema im Jahr 2011 war jedoch der Voranschlag 2012. Der Regierungsrat legte allen Ernstes einen Voranschlag vor mit einem Defizit von Fr. 156 Millionen. Die SVP-Fraktion wehrte sich vehement gegen einen negativen Voranschlag und reichte diverse Kürzungsanträge ein. Mangels echter bürgerlicher Mehrheit im Grossen Rat fanden diese Anträge keine Mehrheit. Der Grosse Rat konnte schlussendlich nur deshalb einen knapp ausgeglichenen Voranschlag genehmigen, da als Kunstgriff die Mindereinnahmen der Motorfahrzeugsteuern von ca. Fr. 120 Millionen erst für das Jahr 2013 und nicht schon im 2012 berücksichtigt wurden, obschon dies rechtlich noch gar nicht sicher ist. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass echtes Sparen im Kanton Bern von Regierung, Verwaltung und einer Mehrheit des Grossen Rates nicht erwünscht ist. Dabei würde es eigentlich gar nicht um «Sparen» in einem Jahr weniger Geld ausgeben als im Vorjahr gehen, sondern nur um das Bremsen des Ausgabenwachstums. Dieses Ausgabenwachstum liegt seit Jahren über der Teuerung und über dem volkswirtschaftlichen Wachstum und konnte bisher nur deshalb finanziert werden, weil gleichzeitig die Einnahmen (Steuern, Abgaben, Gebühren, etc.) auch überproportional gewachsen sind. Nun, wo dies nicht mehr der Fall ist und zudem auf den Kanton Bern grosse finanzielle Zusatzbelastungen (z.B. Pensionskassen, fehlende Gewinne der Nationalbank, etc.) zukommen, wird ein ausgeglichener Kantonshaushalt mit der bisherigen Haltung von Regierung und Verwaltung kaum mehr möglich sein. Die kantonalen Finanzen werden in den nächsten Jahren in den Schlagzeilen bleiben und die SVP wird weiterhin Druck machen.

Andreas Blank, Grossrat, Aarberg

Gesundheit und Fürsorge (GEF)

Schwerpunkt der grossrätlichen GEF-Politik bildete die Sondersession zur Gesundheitspolitik des Kantons Bern im September. Bei genauerer Betrachtung stellte man fest, dass es nicht um die Gesundheitspolitik als Ganzes, sondern um Spitalpolitik ging. Darin integriert waren die beiden Hauptthemen Versorgungsplanung und Finanzierung. Die Fachkommission tagte zur Vorbereitung der Sondersession und zwei weitere Male im Berichtsjahr. Das Beispiel der Versorgungsplanung verdeutlicht: In der GEF werden anstehende Dossiers auf die lange Bank geschoben und müssen dann vom Grossen Rat unter Zeitdruck behandelt werden. So soll das Spitalversorgungsgesetz . das eigentliche Werkzeug der Spitalversorgung . anstatt 2012 erst 2014 in Kraft gesetzt werden.

Die GEF legte weiter den Bericht zur Behindertenpolitik des Kantons Bern vor. Kernpunkt darin ist der Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Die SVP unterstützte diesen Wechsel im Grundsatz, setzte sich jedoch dafür ein, dass die geschützten Werkstätten vorerst davon ausgenommen werden. Ebenfalls ein wichtiges Thema war der Bericht zur Hausarztmedizin. Die Fachkommission hat den Bericht unter Mithilfe eines Praktikers ausführlich beraten. Zur Förderung der Hausarztmedizin unterstützte die SVP zentrale Forderungen der Hausärzte, namentlich: Telemedizin Medphone, Praxisassistenten und bessere Rahmenbedingungen für WiedereinsteigerInnen.

In der Januarsession wurde das neue Sozialhilfegesetz beraten, welches auf starken Druck der SVP eine Lockerung des Datenschutzes für Sozialhilfeempfänger beinhaltet. In der Novembersession standen vor allem Kreditgeschäfte im Zentrum. Aus dem Spitalinvestitionsfonds wurden namhafte Beiträge an verschiedene Spitäler gesprochen. Dies geschah zum vorläufig letzten Mal, nachdem am 1. Januar 2012 die neue Spitalfinanzierung angelaufen ist. Nach dieser Methode werden die Investitionen der Spitäler über die Kostenbeteiligungen des Kantons mitfinanziert. Diese neue Form der Spitalfinanzierung war während des gesamten Jahres in einer Form resp. irgendeinem Vorstoss Begleiter des Grossen Rates und somit auch der Fachkommission Gesundheit und Fürsorge.

Donat Schneider, Grossrat, Diessbach

Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)

Nach den zwei turbulenten Jahren 2010 im Zeichen des Vollzugs im Bereich der Verwaltungsreform und 2011 mit dem politischen Auftrag, die Justizreform im Kanton Bern zu vollziehen, konnte sich die Kommission JGK im Grossen Rat wieder vermehrt Kerngeschäften, wie Gesetze und politische Vorstösse im Bereich der JGK, widmen. Im Hinblick auf die Umsetzung der Justizreform 2 mussten sich sämtliche Gerichtsbehörden einer Wiederwahl oder Ergänzungswahl stellen. Mittlerweile haben alle Mitarbeitenden ihre neuen Funktionen übernommen.

Januarsession

In der Januarsession waren ausser den ordentlichen Richterwahlen keine nennenswerten Geschäfte zu verzeichnen.

Märzsession

Gesetz über die bernischen Landeskirchen: Zwei wesentliche Änderungen, welche in erster Linie die Anstellung der vom Kanton besoldeten Pfarrpersonen betreffen, standen im Plenum des Grossen Rates zur Debatte.

- Einerseits soll die für alle vom Kanton besoldeten Pfarrpersonen obligatorische Residenzpflicht gelockert werden. Künftig soll sich die Pflicht zum Bezug einer Dienstwohnung pro Kirchgemeinde auf eine Pfarrperson beschränken. Im Vollzug der vom Grossen Rat überwiesenen Motion M181/2007 soll der Kanton in Kirchgemeinden mit einem kantonseigenen Pfarrhaus die Möglichkeit erhalten, anstelle des Pfarrhauses eine Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen.
- Andererseits soll die Wahl auf Amtsdauer der Pfarrerinnen und Pfarrer bzw. Gemeindeleiterinnen und Gemeindeleiter durch ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis abgelöst werden.

Das Gesetz wurde mit Unterstützung der ganzen SVP Fraktion grossmehrheitlich angenommen.

Bei den meisten SVP-Fraktionsmitgliedern hinterliessen die massiven Nachkreditsforderungen im Bereich Personalkosten, Spesenentschädigung und Sachaufwand bei der Staatsanwaltschaft, dem Obergericht, Verwaltungsgerecht, Untersuchungsrichterämtern so wie bei diversen Gerichtskreisen im Kanton Bern einen sauren Nachgeschmack. Den geforderten Nachkrediten konnte nur mit einem Unbehagen zugestimmt werden. Es gilt, im Kanton Bern den Ausgabenhaushalt bei den Personalkosten wieder in den Griff zu bekommen. Die SVP-Fraktion stellt sich nicht gegen Lohnverbesserungen. Vielmehr will die SVP-Fraktion die Verwaltungsaufgaben und mit ihnen den Personalbestand hinterfragen und diese den vorhandenen Kantonsfinanzen anpassen.

Junisession

Die Einführung des neuen Immobiliarsachen- und Grundbuchrechts:

Der Bundesgesetzgeber hat am 11. Dezember 2009 eine Revision der Bestimmungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches über das Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht verabschiedet. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt der Bundesrat. Nach dem derzeitigen Stand der Planung ist vorgesehen, dass die Revision zusammen mit der total revidierten Grundbuchverordnung am 1. Januar 2012 in Kraft treten wird. Aufgabe des kantonalen Gesetzgebers ist es, auf diesen Zeitpunkt hin die erforderlichen Anpassungen im kantonalen Recht vorzunehmen. Mit der hier unterbreiteten Vorlage soll dieser Auftrag erfüllt werden.

Dem Gesetz und dem Dekret wurde einstimmig zugestimmt.

Septembersession

Evaluation der Totalrevision der Notariatsgebühren:

Im Jahr 2005 wurde das Notariatsgesetz einer Totalrevision unterzogen. Die Kompetenz für die Festlegung der Notariatsgebühren ging auf den Regie-

rungsrat über. Am 1. Juli 2006 setzte dieser die neue Verordnung über die Notariatsgebühren in Kraft.

Der Regierungsrat hatte sich damals zum Ziel gesetzt, die bernischen Notariatsgebühren auf das Mittel der Kantone mit freiem Notariat zu senken. Dem Grossen Rat versprach er, fünf Jahre nach Inkrafttreten der neuen Verordnung eine Evaluation zur neuen Gebührenordnung vorzulegen. Im Jahr 2010 gab er zwei entsprechende Studien in Auftrag. Mit einem Bericht orientiert der Regierungsrat über die Ergebnisse. Die Notariatsgebühren bildeten wiederholt ein Politikum. Zuletzt war dies beim Erlass des Notariatsgesetzes vom 22. November 2005 der Fall.

Nach eingehender Diskussion wurde der Bericht, der von der Oberaufsichtskommission vorberaten wurde, mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Novembersession

Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts:

Die Revision des ZGB zum Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kinderrecht tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt hin hat der Kanton Bern die Organisation des Kindes- und Erwachsenenschutzes den bundesrechtlichen Anforderungen anzupassen. Das neue Bundesrecht sieht für den Vollzug die Schaffung von interdisziplinären Fachbehörden vor. Deren Entscheide können direkt bei einer gerichtlichen Beschwerdeinstanz angefochten werden. Diese bundesrechtlichen Vorgaben haben zur Folge, dass im Kanton Bern eine vollkommen neue Behördenorganisation aufgebaut werden muss. Dem Antrag der SVP-Fraktionsmehrheit, die Aufgaben und Überwachung im Kinderschutz- und Erwachsenenrecht bei den Gemeinden oder deren Gemeindeverbänden zu belassen, wurde vom Grossen Rat abgelehnt. Das Gesetz wurde trotz heftiger Debatte grossmehrheitlich angenommen.

Schlusswort

Auf Ende des Berichtsjahres 2011 habe ich mein Mandat als Präsident des JGK Ausschusses an Grossrat Ueli Jost, Thun abgetreten. Ich möchte an dieser Stelle allen JGK-Kommissionsmitgliedern für die gute und konstruktive Zusammenarbeit meinen herzlichsten Dank aussprechen. Ueli Jost wünsche ich viel Freude und Befriedigung im neuen Amt. Der ganzen SVP wünsche ich alles Gute und viel Erfolg auf allen Ebenen der politischen Bühne.

Fritz Ruchti, Grossrat, Seewil

Polizei und Militär (POM)

Das Schwergewicht lag im Jahr 2011 beim Prostitutionsgesetz, welches eventuell im Januar 2012 im Grossen Rat behandelt wird.

Im Weiteren wurde über die Sicherheit im Kanton diskutiert, wie die Situationen im geschlossenen und offenen Strafvollzug, die Aufstockung des Polizeikorps z.B. durch die Anstellung von Polizisten ohne Schweizer Pass.

In jeder Sitzung wurde zudem über die laufenden Geschäfte im Grossen Rat informiert und diskutiert.

Fabian Bader hat im August das Sekretariat der Kommission übernommen, da Stefan Krebs aus beruflichen Gründen dieses Amt abgeben musste.

Die Kommission umfasst folgende Grossräte, resp. Grossrätin. Christian Hadorn (Präsident), Thomas Fuchs (Vizepräsident), Sabina Geissbühler, Alfred Gerber, Samuel Graber, Willy Marti, Hans Rösti, Hans Schmid, Jürg Schürch und Moritz Müller.

Als Beiräte wirken: Fabian Bader (Militär), Hans-Ulrich Born (Militär), Stefan Krebs (Polizei), Peter Frick (Feuerwehr) und Hans Ulrich Grossniklaus. Der Präsident dankt den Beiräten für ihren Einsatz und das Mitwirken.

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg

Volkswirtschaft (VOL)

An mehreren Sitzungen wurden die Geschäfte der Wirtschaftsstrategie, Änderung des Landwirtschaftsgesetzes, Tourismusentwicklungsgesetz und Hundegesetz besprochen, sowie die laufenden Geschäfte der Volkswirtschaftsdirektion behandelt

Bei den Kommissionen konnten meistens die bürgerlichen und SVP-Anliegen eingebracht werden. Teilweise ist es jedoch schwierig, bürgerliche Mehrheiten zu finden, wenn zwischendurch die BDP wie die FDP nach links abschweifen.

Die Terminfindung für Sitzungen gestaltet sich bei den vielen Terminen, die Jeder hat, sehr schwierig, umso mehr als die Termine bei den teils langen Anfahrtswegen kombiniert werden sollten! Wenn die parlamentarische Gruppe Landwirtschaft nicht vor 0900 beginnt, ist eine Sitzung vorher möglich und sinnvoll.

Vor den Kommissionssitzungen muss mit den Mitgliedern unbedingt eine Sitzung zum betreffenden Geschäft durchgeführt werden, damit man geeint auf das Geschäft Einfluss hat. Verantwortlich für diese Sitzung ist sinnvollerweise der Sprecher. Da die Geschäfte für die Session immer sehr knapp verschickt werden, muss versucht werden, Zeit zu gewinnen, evtl. Geschäfte priorisieren. Unsere Geschäfte für die Session werden wenn möglich per Mail versendet, um schon vor den Sitzungen eine Meinungsbildung zu erreichen.

Ich möchte es nicht unterlassen, meinen Mitgliedern in der Volkswirtschaftskommission für ihren Einsatz bestens zu danken. Es sind dies: Alfred Gerber, Pierre-André Geiser, Werner Moser, Moritz Müller, Fritz Reber, Hans Rösti, Martin Schlup, Hans Schmid, Donat Schneider, Käthi Wälchli und Fritz Wyss.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

SVP Frauen Kanton Bern

Selbstverständlich bleibt das Jahr 2011 bei den SVP Frauen des Kantons Bern als Wahljahr bestens in Erinnerung. Neben der bisherigen Andrea Geissbühler vertritt uns neu auch Nadja Pieren im Nationalrat! Wir gratulieren den beiden Frauen ganz herzlich und wünschen ihnen viel Befriedigung bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit.

Zu Beginn des Jahres beschäftigte uns jedoch die ~~s~~Waffenschutzinitiative% weit mehr als die bevorstehenden Wahlen. Wussten wir doch, dass bei dieser Abstimmung die Frauen das Zünglein an der Waage spielen konnten und diese gefühlsmässig eher auf der Befürworter-Seite standen. Mit Beiträgen im Berner Journal und einem ~~s~~Stauffacherinnen-Schiessen%versuchten wir, die Frauen auf die verschiedenen Aspekte der Initiative zu sensibilisieren. Interessierte konnten sich auch anlässlich einer Mittagsveranstaltung aus erster Hand informieren lassen. Den vielen engagierten SVP Frauen an dieser Stelle ein grosses Dankeschön, es hat sich gelohnt!

Mit einer finanziellen Zuwendung der SVP Frauen Schweiz durften wir im Mai einen Anlass zur Unterstützung unserer amtierenden Nationalrätin in der Energie-Lounge der Postfinance Arena organisieren. Das Thema "Sicherheit im Sport / bei Sportanlässen% sowie die Beteiligung von Andrea Geissbühler (Polizistin), Markus Lauener (Präsident Bern. Kant. Schwingerverband) und Marc Lüthi (Geschäftsführer SCB) sorgten für einen Grosseaufmarsch von Interessierten an dieser Podiumsdiskussion. An dieser Stelle ein herzliches Danke den beiden Vorstandsfrauen Lotti Krummen und Mirjam Wüthrich für ihren unermüdlichen Einsatz!

Nachdem die SVP Frauen des Kantons Bern bereits mehrmals darauf hingewiesen hatten, dass sie nicht mehr auf einer Frauenliste kandidieren wollen, gelang es letztes Jahr erstmals seit langer Zeit, Frauen und Männer auf einer gemeinsamen Liste kandidieren zu lassen. Um unsere fünf Kandidatinnen optimal zu unterstützen wurden alle Frauen angeschrieben und angefragt, wie sie unsere möglichen Vertreterinnen für den Nationalrat unterstützen könnten. Die vielen Reaktionen (nicht nur von Frauen) haben uns riesig gefreut! Es gingen finanzielle Spenden zu Gunsten der Kandidatinnen ein, es wurde angeboten, Plakate aufzuhängen, Flyer zu verteilen, Adressen zu schreiben, es wurden Einladungen ausgesprochen und und und ... An dieser Stelle möchten wir allen ein grosses M E R C I aussprechen! Das ist Solidarität!

Um unsere Kandidatinnen den Wählerinnen und Wählern näher zu bringen wurden im letzten Jahr erstmals Newsletter verschickt, in denen thematisch gegliederte Beiträge unserer Nationalratskandidatinnen zugänglich gemacht wurden. Diesen Newsletter werden wir auch in Zukunft weiterführen als Plattform für engagierte SVP Frauen.

Der Vorstand der SVP Frauen des Kantons Bern hat letztes Jahr beschlossen, auf diesem Weg weiterzugehen, und versteht sich vor allem als Plattform zur Unterstützung interessierter Frauen, die sich gerne politisch engagieren möchten, und als Drehscheibe, um Kontakte zwischen der Basis, Kandidatinnen und Mandatsträgerinnen aus Gemeinden, Kanton und Bund herzustellen. Unter diesem Aspekt fand auch ein erstes gemeinsames Mittagessen mit Mandatsträgerinnen und interessierten Frauen in Bern statt. Ich danke allen Vorstandsfrauen ganz herzlich für ihre ausserordentlich engagierte Mitarbeit!

Jolanda Brunner, Präsidentin, Gemeinderätin, Spiez

JSVP Kanton Bern

Die JSVP Kanton Bern am Puls der Berner Bevölkerung

Bereits zu Jahresbeginn nahm die Junge SVP Kanton Bern eine aktive Rolle bei der Abstimmung über den KKW-Ersatz Mühleberg ein. Zusammen mit den Jungfreisinnigen und der jungen BDP warb sie im Namen eines Jugendkomitees erfolgreich für ein Ja zu einem Ersatzbau des Kernkraftwerkes Mühleberg. Auch bei den Ersatzwahlen für den Ständerat gelang durch den Einsatz der Jungen SVP die Wahl von Adrian Amstutz in den Ständerat. Diesem Überraschungscoup folgte bei den Ständeratswahlen im Herbst leider der Schulterschluss von SP und BDP, welche daraufhin die SVP aus der kleinen Kammer drängten.

Die Junge SVP Kanton Bern lud auch im Jahr 2011 zu zahlreichen Veranstaltungen ein. Besonders erwähnenswert sind hierbei unser jährlicher Grillabend in Bümpliz, der Parlamentarierclub und der Sponsorenlauf sowie das JSVP Feldschiessen, welches schon zum dritten Mal stattfand. Zahlreiche weitere Anlässe sorgten dafür, dass die Junge SVP ein attraktives und abwechslungsreiches Jahresprogramm durchführte, welches insgesamt sehr gut von den Mitgliedern und Sympathisanten besucht wurde.

Die Eidgenössischen Wahlen standen im Jahr 2011 im Zentrum des politischen Herbsts. Die Junge SVP Kanton hat sich entschieden, für die Nationalratswahlen nicht mit einer eigenen Liste, sondern mit einer Einheitsliste mit der Mutterpartei anzutreten. Dabei konnte sich die Junge SVP auf ihre Vertreter konzentrieren und die SVP-Kampagne «Schweizer wählen SVP» bei der

jungen Wählerschaft bekannt machen. Der Aufwand hat sich gelohnt: Neben der bisherigen Andrea Geissbühler wird nun auch die Burgdorferin Nadja Pieren die bürgerliche Jugend im Parlament vertreten. Bei allen Helfern und Unterstützern bedanke ich mich nochmals für den grossartigen Support!

Neben den Wahlen setzte sich die Junge SVP Kanton Bern auch in Sachfragen konsequent für die Bürgerinnen und Bürger im Kanton Bern ein. Nach dem Skandal-Entscheid des Regierungsrats, die Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuern wiederholen zu lassen, hat die Junge SVP Kanton Bern dagegen Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht. Für die Junge SVP Kanton Bern ist klar, dass das Votum des Berner Volks Gültigkeit hat und ab dem 1. Januar 2012 der tiefere Steuersatz angewendet werden muss!

Mit klaren Standpunkten steht die Junge SVP Kanton Bern auch für schärfere Kriterien bei der Einbürgerung ein. Hierfür hat sie eigens eine kantonale Volksinitiative lanciert, die Verbrecher und Sozialhilfeempfänger vom Einbürgerungsverfahren künftig ausschliessen soll. Weiter werden Integrationsnachweise wie Sprachtests oder Kenntnisse zum Staatsaufbau obligatorisch. Obwohl vorgängig Jungsozialisten mit Aufrufen zu Unterschriftenfälschungen das Projekt bedrohten, gelang es der Jungen SVP, in einem Schlusspurt genügend gültige Unterschriften zu sammeln. Damit konnte die Junge SVP Kanton als erste Jungpartei im Kanton Bern erfolgreich eine Initiative zustande bringen.

Als einzige echte bürgerliche Jungpartei wird die Junge SVP Kanton Bern auch in diesem Jahr gefordert sein! Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass wir unsere Ziele erreichen können. Packen wir jetzt unsere Ziele für das Jahr 2012 an!

Erich J. Hess, Präsident, Stadtrat, Bern

SVP Senioren Kanton Bern

Die Zahl der Mitglieder hat sich erfreulicherweise von 128 auf 151 und diejenige der Sympathisanten von 93 auf 97 erhöht.

Die üblichen Abgänge infolge Tod und hohen Alters konnten durch Neueintritte gut kompensiert werden.

Soweit erkennbar, waren in der Berichtsperiode keine Austritte wegen der Parteienspaltung mehr zu verzeichnen.

Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen alle neuen Mitglieder und Sympathisanten willkommen.

Die Hauptversammlung vom 30. März 2011 hat den Mitgliederbeitrag unverändert bei Fr. 20.00 für Einzelpersonen und Fr. 30.00 für Ehepaare belassen. Im Anschluss an die Hauptversammlung referierten unsere Nationalrätin Andrea Geissbühler und Direktor Zumbühl vom TCS über das Reformprogramm des Bundesrates zum Strassenverkehr "via segura". Nach dem Ständerat hat der Nationalrat die Gesetzesvorlage in der Dezembersession behandelt und dabei erfreulicherweise die vom Bundesrat vorgeschlagene Befristung der Fahrausweise für Senioren ab 50 Jahren abgelehnt. Das Geschäft geht nun nochmals in den Ständerat.

Am Donnerstag, 30. Juni haben wir unsere Mitglieder und Sympathisanten sowie unsere Nationalratskandidierenden zu einem Treffen bei Altnationalrat Fritz Hari im Restaurant Pochtenfall im Suldtal eingeladen. Trotz Regenwetter war der Anlass ein Erfolg.

Den per Sonntag 30. Oktober 2011 in Bern geplanten dritten Berner SVP Frühschoppen zum Thema "Wie weiter im Bundesrat?" mussten wir leider absagen, weil sich die angefragten Referenten bloss eine Woche nach den Eidgenössischen Wahlen noch nicht zum Fenster hinaus lehnen wollten.

Am Montag, 19. Dezember 2011 nahmen mehr als 60 Teilnehmer an unserem Besuch im Bundeshaus teil. Nach einem gemütlichen Mittagessen im Ratskeller verfolgten wir das Geschehen im Nationalratssaal auf der Tribüne und trafen uns anschliessend mit unseren bernischen Nationalräten und Nationalrätinnen im Fraktionssaal zu einer lebhaften Diskussion.

Im Vorfeld der Eidgenössischen Wahlen haben wir unseren 26 Nationalratskandidierenden einen Auftritt auf unserer Homepage zum Preis von Fr. 200.00 angeboten. 11 Kandidierende haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Sozialpolitisch waren auch im vergangenen Jahr leider keine Fortschritte von Bedeutung zu verzeichnen. Wir hoffen, dass das Bundesparlament die erforderlichen Entscheide für eine langfristige, solide Finanzierung der AHV nicht erneut auf die lange Bank schiebt.

In den Sitzungen des Vorstandes und der Konferenz der SVP Senioren haben wir aktuelle Seniorenthemen bearbeitet.

Die Besuche auf unserer Homepage unter www.svp-senioren.ch haben sich erfreulicherweise weiter entwickelt. Die Homepage wird auch für künftige Wahlen gute Dienste leisten.

Rudolf Graf, Präsident, Aarwangen

Wahlkreise

Bern-Mittelland

Das Jahr 2011 brachte in der SVP Bern-Mittelland einige personelle Veränderungen mit sich: Paul Messerli trat als Grossrat sowie als Präsident des Wahlkreises Mittelland-Süd zurück und schied damit auch aus dem Vorstand SVP Bern-Mittelland aus, dem er von Amtes wegen angehörte. Seine Nachfolge trat Grossrat Ueli Augstburger an. Seit der Statutenänderung an der Delegiertenversammlung vom 7. Februar 2011 gehört Nationalrat Rudolf Joder als Kantonalpräsident von Amtes wegen dem Vorstand an. Schliesslich durfte ich Peter Bernasconi als Präsident der SVP Bern-Mittelland ablösen. Es ist mir ein Anliegen, Paul Messerli für sein langjähriges Engagement für den Kanton Bern und zugunsten der SVP Bern-Mittelland zu danken und ihm für die Zukunft alles Gute zu wünschen. Besonderer Dank gebührt auch Peter Bernasconi für seine Präsidentenarbeit und dafür, dass er dem Vorstand als Präsident des Wahlkreisverbands Stadt Bern und als Kassier erhalten bleibt. Den neuen Vorstandsmitgliedern wünsche ich Erfüllung bei der Ausübung ihres neuen Amtes.

Am 10. März 2011 organisierte die SVP Bern-Mittelland im Saalbau Schönbühl eine Podiumsdiskussion zum Thema «Verhältnis Schweiz . EU». Podiumsteilnehmer waren Lukas Gresch (stv. Chef des Integrationsbüros EDA/EVD), Michael Reiterer (EU-Botschafter CH/LIE bis Ende 2011), Walter Balmer (Präsident LOBAG) und Nationalrat Rudolf Joder. Zwischen den Protagonisten und dem Publikum entstand eine angeregte und interessante Diskussion. Trotz relativ geringer Besucherzahl konnte der Anlass rückblickend durchaus als Erfolg gewertet werden. Ich danke allen Helferinnen und Helfern, die bei der Organisation des Anlasses mitgeholfen haben. Besondere Erwähnung verdienen an dieser Stelle der Präsident der SVP Sektion Urtenen-Schönbühl Bärswil, Jürg Marti, sowie Peter Bernasconi.

Politischer Höhepunkt 2011 waren die Eidgenössischen Wahlen im Herbst. Aus dem Verwaltungskreis Bern-Mittelland traten insgesamt neun Kandidierende zu den Nationalratswahlen an: Vier aus dem Norden, drei aus dem Süden und zwei aus der Stadt Bern. Ihr Abschneiden kann sich sehen lassen: Rudolf Joder und Andrea Geissbühler schafften mit sehr guten Resultaten locker die Wiederwahl. Die weiteren sieben Kandidaten erzielten die Listenplätze 10, 11, 14, 17, 19, 24 und 25. Mit einem Wähleranteil von 22,37% bleibt die SVP im Verwaltungskreis Bern-Mittelland hauchdünn stärkste Partei. Den Wiedergewählten gratuliere ich ganz herzlich und wünsche ihnen bei der Ausübung der ehrenvollen Aufgabe alles Gute. Den übrigen Kandidaten, allen Sektionspräsidentinnen und -präsidenten und sämtlichen Wahlhelferinnen und -helfern danke ich herzlich für den grossen Einsatz im Wahlkampf. Besonderen Dank verdienen die drei Organisationskomitees, welche im Kur-

saal Bern, in Münchenbuchsee und in Gerzensee mit grossem Engagement gelungene Wahlveranstaltungen auf die Beine gestellt haben.

Insgesamt führte die SVP Bern-Mittelland 2011 drei Vorstandssitzungen und eine Delegiertenversammlung durch. Für Diskussionsstoff sorgten nebst dem Wahlkampf und der wilden Plakatierung insbesondere Oberrichterwahlen, die Regionalkonferenz und Verkehrsthemen wie die Sanierung der Stadttangente, die Schliessung der Halenstrasse und das Projekt Tram Region Bern. Ich danke allen Vorstandsmitgliedern für die wertvollen und angeregten Diskussionen und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, allen zu danken, die sich im politisch ereignisreichen Jahr in irgendeiner Form aktiv in den Dienst der SVP gestellt haben, auch wenn es manchmal unangenehm war. Ein spezielles Merci geht an alle aktiven Parteivertreterinnen und -vertreter und Vorstandsmitglieder auf kommunaler und kantonaler Ebene für ihren unermüdlichen Einsatz.

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Emmental

Das Tätigkeitsprogramm der SVP Emmental startete am 2. Januar 2011 mit einer Art Paukenschlag. Am Bärzelistag engagierten wir alt Bundesrat Christoph Blocher zum Thema «Grosse Berner» in der Turnhalle in Wynigen referierte er über grosse Persönlichkeiten wie Ruedi Minger und Friedrich Traugott Wahlen sowie über den Seeländer Maler Albert Anker. Während zwei Stunden vermochte Christoph Blocher inhaltlich und rhetorisch 1'200 Personen in seinen Bann zu ziehen. Ebenfalls zeigte Christoph Blocher einige Originalbilder aus seinem Besitze wie den grossen Klassiker «Die Schulreise» von Albert Anker.

Die Frühlingsaktivitäten waren nebst einer gut besuchten Hauptversammlung durch den Wahlkampf der Ständeratsersatzwahlen geprägt, welche Adrian Amstutz gegen Ursula Wyss gewinnen konnte.

Für die Nationalratswahlen nominierte die SVP Emmental den bisherigen Nationalrat Andreas Aebi sowie neu Nadja Pieren und Fritz Reber als Emmentaler Vertreter auf der Liste der SVP des Kantons Bern. Die grosse Frage, ob mit einer oder zwei Listen zu den Wahlen angetreten werden soll, war ein Dafür und Dagegen. Letztendlich entschied sich die SVP des Kantons Bern jedoch für eine Liste.

Mit dem Resultat der Nationalratswahlen kann die SVP des Kantons Bern zufrieden sein, fehlten doch ganz wenige Stimmen, um einen neunten Sitz zu holen.

Besonders zufrieden aber dürfen wir Emmentaler sein. Nadja Pieren wurde als neue Nationalrätin gewählt und konnte so den Sitz vom zurückgetretenen Simon Schenk übernehmen. Dazu gratulieren wir ihr herzlich.

Mit einem Wähleranteil von 36,5 Prozent bleibt die SVP im Emmental eine wichtige Partei, die auch entsprechende Verantwortung zu tragen hat.

Es ist für die SVP Emmental entscheidend, mit welchen Persönlichkeiten künftige Gemeinde- und Grossratswahlen bestritten werden. Denn schlussendlich sind es Köpfe mit dem entsprechenden Charisma, welche einer Partei das entsprechende Gepräge geben.

Wir werden in diesem Jahr alles daran setzen, um für die nächsten Regierungs- und Grossratswahlen mit einer starken Emmentaler Liste auftrumpfen zu können.

Andreas Aebi, Präsident, Nationalrat, Alchenstorf

Jura bernois

2011, année électorale d'importance, a vu les activités de l'UDC du Jura bernois se concentrer sur la campagne en vue des élections fédérales du 23 octobre 2011. Le point fort a sans nul doute été le grand meeting du 24 juin 2011 à Reconvilier, où quelque 800 personnes en délire sont venues acclamer, entre autres candidats bernois au Conseil national, le Conseiller national Oskar Freysinger, son collègue Dominique Bättig et le Conseiller aux Etats Adrian Amstutz. La qualité exceptionnelle de tous les candidats, associée à une campagne intensive dans le Jura bernois, bien orchestrée par la jeunesse, a finalement permis à l'UDC d'affirmer son rôle de premier parti de la région et du canton. Par contre, la non-réélection du candidat de l'UDC du Jura bernois, notre ami Jean-Pierre Graber, d'une part, et celle d'Adrian Amstutz au Conseil des Etats, d'autre part, a fait l'effet d'une bombe. De mémoire humaine, c'est carrément la première fois que le Jura bernois n'est plus représenté aux chambres fédérales. La déception a été à la mesure de nos espoirs et, de fait, les objectifs présidentiels n'ont donc pas été atteints.

La campagne électorale n'en a pas été moins méritoire et de précieux enseignements pour l'avenir pourront en être tirés. Un grand merci à notre jeunesse pour sa disponibilité et son engagement. Un immense merci à Jean-Pierre pour son inlassable travail au service de la région et du canton de Berne tout entier.

Malgré des élections fédérales en demi-teinte, l'UDC du Jura bernois a continué à s'affirmer comme étant le seul parti véritablement au service des citoyens, notamment par les actions de ses représentants au Grand conseil, au CJB et à l'Assemblée interjurassienne (AIJ) ainsi que par des initiatives

ponctuelles, le tout bien relayé par la presse régionale. Au cas particulier, il est certain que les efforts entrepris porteront encore de nombreux fruits à l'avenir, notamment dans l'optique d'une éventuelle consultation sur l'appartenance cantonale du Jura bernois et dans celle des élections cantonales et régionales de 2014.

Au cours de l'année 2011, le comité directeur de l'UDC du Jura bernois s'est réuni à de nombreuses reprises avec une participation réjouissante et dans une ambiance toujours constructive. Aujourd'hui et comme je l'avais déjà relevé par le passé, je suis en mesure de confirmer avec satisfaction que ses deux mamelles, qui sont la cohésion et la camaraderie, sont encore et toujours un gage de stabilité qui permet d'affronter l'avenir avec sérénité. L'intégration des jeunes constitue un souci permanent et je suis particulièrement heureux de constater la présence de nombre d'entre eux au service de notre formation.

Je tiens ici à remercier chaleureusement toutes celles et tous ceux qui ont œuvré sans relâche aux succès collectifs et personnels dont l'UDC du Jura bernois a été gratifié en 2011.

Claude Röthlisberger, président, Reconvilier

Oberaargau

Das Jahr 2011 stand für die SVP Oberaargau ganz im Zeichen der SR-Ersatzwahl im Februar / März und den nationalen Wahlen (NR und SR) im Oktober 2011.

SR-Ersatzwahl am 13. Februar und 06. März 2011:

Auftakt war ein überparteilicher Anlass in Langenthal mit allen 4 SR-Kandidatinnen und -Kandidaten. Gegen 300 Interessierte konnten die Bewerber hautnah erleben und lernten ihre Standpunkte zur Waffenschutzinitiative, Mühleberg II und Motorfahrzeugsteuer kennen.

Die SVP Oberaargau unterstützte Adrian Amstutz in beiden Wahlgängen mit Inseraten und erreichte, dass die Sektionen aktiv ihre Mitglieder und Sympathisanten mobilisierten.

NR- und SR- Wahlen vom 23. Oktober 2011:

Nationalratswahlen:

Die SVP Oberaargau schickte mit GR Käthi Wälchli und GR Christian Hadorn zwei bestens ausgewiesene Personen in den Wahlkampf. Sie führten einen engagierten Wahlkampf weit über die Grenzen des Oberaargaus hinaus. Die Resultate aller Oberaargauer NR-Kandidatinnen und -kandidaten zeigen sehr deutlich, dass es sehr schwierig ist, die für einen NR-Sitz notwendigen Stimmen im übrigen Kanton zu erreichen.

Der Verlust von Wähleranteilen der SVP im Oberaargau lag leider über dem Verlust auf kantonaler Ebene. Dies war zu erwarten, da mit BDP und GLP zwei starke Parteien erstmals zu den Wahlen antraten. Die beiden Parteien kamen auf 20.5 % Wähleranteil.

Ständeratswahl:

Im 1. Wahlgang (23.10.2011) konnte Adrian Amstutz im Oberaargau die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Im 2. Wahlgang (20.11.2011) konnte Adrian Amstutz keine zusätzlichen Stimmen aus dem Lager von BDP und FDP gewinnen, im Vergleich zum 1. Wahlgang. Demgegenüber erhielt Werner Luginbühl zusätzliche Stimmen von SVP, FDP und SP/Grünen. Der Aufruf der SVP Kanton Bern, Werner Luginbühl eine Stimme zu geben, wurde sicher von einer grösseren Anzahl SVP- Wähler befolgt.

Die SVP-Mitglieder waren zu verschiedenen Versammlungen und Anlässen eingeladen.

Delegierten- und Hauptversammlung:

Am 27. April 2011 trafen sich die Delegierten zur Hauptversammlung. Die ordentlichen Traktanden gaben zu keiner grossen Diskussion Anlass. Für die beiden Rücktritte von Martin Lerch (Vertreter Regierungsstatthalter und Gerichtspräsidenten) und Martin Schönmann, Niederbipp wurden Marc Häusler, Stv. Regierungsstatthalter und Niklaus Burri, Niederbipp gewählt.

Am 27. April 2011, anschliessend an die HV, fand die Delegiertenversammlung statt. Die kantonale Vorlage, ~~s~~Kantonales Energiegesetz% wurde von Käthi Wälchli, GR, Obersteckholz, vorgestellt. Der Geschäftsführer Region Oberaargau, Stefan Costa, stellte die im März 2012 zur Abstimmung kommende ~~s~~Regionalkonferenz Oberaargau% vor.

Die DV vom 22. Juni 2012 stand ganz im Zeichen der Vernehmlassungsantwort der SVP Oberaargau zur RK Oberaargau. Marc Häusler, Stv. Regierungsstatthalter, Thomas Rufener, GR und Stadtpräsident Langenthal und Patrick Freudiger, Stadtrat Langenthal, Informierten noch einmal im Detail und stellten sich den Fragen der Delegierten.

Weitere Veranstaltungen:

Am 18. Juni 2011 waren die Sektions-Präsidentinnen und -präsidenten zur 4. Konferenz eingeladen. Ebenfalls waren die SVP-Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten sowie die Mandatsträger der SVP Oberaargau eingeladen. Im Mittelpunkt der Tagung standen:

- NR-Wahlen 2011
- Mitgliederwerbung
- Referat von Andreas Kohli, Direktor, SRO AG, Langenthal zum Thema:

sSRO . im Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit und Wettbewerb%und
sSVP Oberaargau (2010): 24 h . Ambulanz in Langenthal, Niederbipp und Huttwil%

Diese Themen trugen zu einem regen und engagierten Austausch der Meinungen bei.

Am Wahlfest vom 25. September 2011 zu den NR- und SR-Wahlen waren SVP-Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte eingeladen. Bei einem Bauernhofbrunch in Aerbolligen / Auswil fanden sich eine grosse Zahl von NR-Kandidatinnen und -Kandidaten ein.

Der Verwaltungskreis Oberaargau umfasste per 01.01.2012 insgesamt 47 Gemeinden. Es bestanden 28 SVP-Sektionen, welche in 34 Gemeinden aktiv waren.

In 6 Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte der SVP Oberaargau behandelt, beraten und verabschiedet.

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg

Thun

Das erste Jahr, in dem ich der SVP Wahlkreisverband Thun als Präsidentin vorstehen durfte, war sehr turbulent, geprägt von Wahlen und einem stetigen Wechselbad der Gefühle.

Bei der Ersatzwahl für den Ständerat erreichte NR Adrian Amstutz in beiden Wahlgängen ein hervorragendes Resultat und schaffte am 6. März 2011 den Einzug ins Stöckli. Die SVP WKV Thun war sehr stolz auf den positiven Ausgang und gratulierte Adrian Amstutz anlässlich einer kleinen, würdigen Feier in der SVP-Familie herzlich zur Wahl. Bemerkenswert ist das gute Resultat besonders, weil die SVP ganz alleine und ohne Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien . mit Ausnahme der EDU . dastand.

Das Amt als Ständerat konnte Adrian Amstutz aber erst Mitte Mai antreten, nachdem das Verwaltungsgericht zwei Wahlbeschwerden abgewiesen hatte. Die feierliche Vereidigung erfolgte zu Sessionsbeginn am 30. Mai 2011. Ein Beschwerdeführer akzeptierte den Entscheid nicht und erst im Oktober lehnte das Bundesgericht die Beschwerde endgültig ab. Somit war die Wahl von Adrian Amstutz in den Ständerat während einigen Wochen definitiv rechtens.

In jedem der vier Wahlgänge für den Ständerat wurden in verschiedenen Sektionen Wahlveranstaltungen und Standaktionen durchgeführt. Zudem

wurde nach jeder Session ein Sessionsrückblick mit SR Adrian Amstutz organisiert, der jeweils auf sehr grosses Interesse stiess.

Für die Ständerats- und Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011 wurde ein sehr aktiver Wahlkampf geführt. Grosse Freude herrschte dann im Wahlkreis Thun, dass die SVP mit Albert Rösti einen zweiten Sitz im Nationalrat erreichen konnte. Adrian Amstutz wurde mit dem besten Resultat im Kanton Bern gewählt. Infolge der vielen Kandidaturen für den Ständerat konnte das absolute Mehr im ersten Wahlgang nicht erreicht werden und Adrian Amstutz verpasste die Wahl in den Ständerat im ersten Wahlgang. Für den zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen am 20. November 2011 wurde eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Landesteil Oberland verfolgt. Leider wurde Adrian Amstutz nicht wiedergewählt . und das, nachdem er in drei Wahlgängen immer am meisten Stimmen erreicht hatte. Er wird aber als bestgewählter Nationalrat des Kantons Bern die Interesse der SVP . und diejenigen der Region Thun . weiterhin vertreten. Im Wahlkreis Thun bleibt die SVP mit 32.88 % nach wie vor die stärkste Partei.

Ein aufrichtiger Dank und grosser Respekt gebührt allen Kandidierenden für die nationalen Wahlen; Adrian Amstutz, Albert Rösti, Elisabeth Schwarz-Sommer, Samuel Graber und Ueli Jost. Sie haben alle einen riesigen Einsatz für die Partei geleistet und sehr beachtliche Resultate erreicht. An einer würdigen Wahlfeier am 3. November 2011 wurden sie entsprechend dafür geehrt. In bester Erinnerung wird mir an diesem Anlass der Auftritt eines SVP - ad hoc Orchesters bleiben. In dieser einmaligen Gelegenheit spielten die SVP-Musikantinnen und -Musikanten als Zeichen der Zusammengehörigkeit den Berner Marsch . und das ohne je einmal zu üben.

Kurz vor Weihnachten erschien zu diesem spontan einberufenen sSessionsrückblick% mit dem Hauptthema sBundesratswahl% eine sehr grosse Anzahl interessierter SVPler. Es war wichtig und richtig, mit der Basis zu diskutieren und motiviert für eine konstruktive Zusammenarbeit einzustehen. Die SVP hat ein Parteiprogramm und Ziele, die inhaltlich volle Unterstützung haben und hinter denen die Basis stehen kann. Mit Genugtuung konnte zur Kenntnis genommen werden, dass die SVP Fraktion einstimmig beschlossen hat, mit BR Ueli Maurer in der Regierung zu bleiben und damit die Verantwortung auch weiterhin wahrzunehmen.

Die Geschäfte wurden in 3 Vorstandssitzungen, 1 Delegiertenversammlung, 1 a.o. DV . Wahlwürdigung, 1 Hauptversammlung und vier Wahlleitungssitzungen abgewickelt. Um der Kameradschaft Rechnung zu tragen, traf sich der Vorstand zu einem gemütlichen sÄplerkaffee% bei Jürg Iseli auf der Rinderalp ob Oey Diemtigen.

Die angepassten Statuten wurden im Januar von der Geschäftsleitung genehmigt und traten per sofort in Kraft. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Delegiertenrechte für die SVP Schweiz im Wahlkreis Thun neu geregelt.

Abschliessend nehme ich gerne die Gelegenheit wahr, allen zu danken, die sich im vergangenen Jahr mit grossem Engagement für die Belange der SVP eingesetzt haben. Allen Sektionen des Wahlkreises für die gute Zusammenarbeit. Meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand für ihre konstruktive Mitarbeit, ihr engagiertes Mitdenken und ihre zuverlässige Unterstützung.

Beatrice Frey, Präsidentin, Oberhofen

Oberland

Am 20. Januar organisierten wir im Lötschbergsaal in Spiez ein Podium mit den Ständeratskandidaten Adrian Amstutz, Christa Markwalder, Ursula Wyss und Marc Jost. Der Anlass war sehr gut besucht. Mit unserem Kandidaten Adrian Amstutz konnte die SVP die Herausforderung der Ersatzwahl in den Ständerat erfolgreich bestehen und Adrian Amstutz wurde am 06. März im zweiten Wahlgang in den Ständerat gewählt.

Delegiertenversammlung 30. März 2011

Im Restaurant Terminus in Frutigen haben wir unsere Delegiertenversammlung durchgeführt. Unser Kassier Manuel Otter hat demissioniert und wir haben neu Thomas Dummermuth aus Meiringen im Vorstand aufgenommen. Im Vordergrund standen die Vorbereitungen für die Nationalratswahlen vom kommenden Herbst. Die Sektionen wurden aufgefordert, sich bei den Wahlen aktiv zu beteiligen und an Märkten, Bahnhöfen, oder im Strassenwahlkampf sich mit den Kandidaten zu engagieren. Das Ziel war ganz klar, dass unsere drei Nationalratskandidaten Hansruedi Wandfluh, Erich von Siebenthal und Gerhard Fischer in den Nationalrat gewählt werden. Wir bedanken uns bei Manuel Otter für seine jahrelange Tätigkeit im Wahlkreisverband Oberland.

Erfolgreiches Jahr für Gerhard Fischer

Im Juni ging ein erfolgreiches Amtsjahr für Gerhard Fischer als Grossratspräsident des Kantons Bern zu Ende. Geri hat seine Aufgabe sehr gut gemeistert und mit seiner ruhigen Art die Geschäfte der Sessionen souverän geführt. An sehr vielen Anlässen konnte sich Geri für den Kanton und sicher auch für das Berner Oberland positiv einsetzen. Wir danken Gerhard Fischer für die geleistete Arbeit als Grossratspräsident.

Oberländer Parteitag vom 03. September

Höhepunkt war sicher die Durchführung des Oberländer Parteitages in Wimmis. Der Anlass war mit rund 400 Anwesenden sehr gut besucht und wir

erlebten ein spannendes Referat von Alt-Bundesrat Christoph Blocher zum Thema Schweiz . EU. Neben Kantonalpräsident Rudolf Joder und Ständerat Adrian Amstutz haben weitere hochkarätige Redner am Anlass teilgenommen.

Nachdem sich die Nationalratskandidierenden beim Servieren des Mittagessens sehr gut bewährt hatten, konnten sie sich am Nachmittag auf dem Podium dem Publikum vorstellen.

Aber auch in Interlaken organisierten wir ein Podium mit den Ständeratskandidaten von allen Parteien. Die SVP Sektionen St. Stephan und Lenk haben einen speziellen Anlass organisiert und am 23. September in die Mehrzweckhalle nach St. Stephan eingeladen. Mit Referaten, Jodelgesang, Musik und dem Alleinunterhalter Martin Sumi erlebten wir und unsere NR-Kandidaten einen gemütlichen Abend.

Nationalratswahlen vom 23.Oktober

Unsere Nationalräte Hansruedi Wandfluh und Erich von Siebenthal wurden mit sehr guten Resultaten wiedergewählt. Herzliche Gratulation. Ein grosses Dankeschön geht aber auch an Geri Fischer für seinen Einsatz. Im Berner Oberland bleibt die SVP klar die stärkste Partei. Leider konnten wir den Ständeratssitz von Adrian Amstutz nicht verteidigen. Der Wille, weiterhin zwei bürgerliche Vertreter im Ständerat zu haben, wurde von unseren politischen, sich bürgerlich nennenden Partnern nicht wahrgenommen.

Ohne SVP noch mehr Staat

Aus meiner Sicht ist die SVP die einzige Partei, welche sich gegen die Zentralisierung, Zwangsfusionen von Gemeinden, für tiefere Steuern, weniger Ausgaben, mehr Eigenverantwortung, weniger Gesetze und gegen die unendliche Bürokratie einsetzt. Ich hoffe, dass wir uns auch in Zukunft für die Volkspartei einsetzen. Ich möchte mich bei euch allen für die gute Zusammenarbeit im Wahlkreisverband Oberland recht herzlich bedanken.

Thomas Knutti, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Biel-Seeland

Nun ist es schon ein Jahr her, dass ich das Amt als Präsident des SVP-Wahlkreises Biel-Seeland übernehmen durfte. Ich darf sagen, dass es ein bewegtes und interessantes Jahr war.

Hier einige Stichworte:

- Umsetzung der neuen Statuten
- Neues Pflichtenheft
- Die Rechnung 2010 überarbeiten

- National- u. Ständeratswahlen vorbereiten
- Diverse Anlässe planen

Als erstes galt es, die neuen Statuten umzusetzen und den Vorstand neu zusammenzusetzen, damit wir unsere Arbeit erledigen können. Auch bereitete uns die Rechnung 2010 noch einiges Kopfzerbrechen, da Abgrenzungen fehlten und es Unstimmigkeiten mit der Meldung der Mitgliederzahlen gab. Diese Probleme sind nun bereinigt und wir haben eine transparente Rechnung, mit der wir weiterfahren können.

Wahlen

Unser Wahlkomitee unter der Leitung von Markus Büchi erarbeitete an diversen Sitzungen das Wahlprogramm für unsere drei Seeländer Kandidaten Béatrice Struchen, Andreas Blank und Fritz Ruchti. Unter Anderem wurden die Seeland Arena in Lyss, ein SVP Sponsorenanlass in Aarberg mit Peter Spuhler, ein Wahlanlass in Täuffelen und unsere Präsenz an der Bieler Messe durchgeführt.

Es gab auch diverse kleine Wahlveranstaltungen in den Sektionen, was die Nähe zum Bürger fördert.

Hiermit möchte ich allen Verantwortlichen bestens für ihre hervorragende Arbeit und das Engagement danken.

Leider ist es uns nicht gelungen, einen unserer Seeländer Kandidaten und Adrian Amstutz nach Bern zu bringen. Schade!

Wir dürfen jedoch stolz sein, dass wir den SVP-Wähleranteil im Seeland gegenüber 2010 noch verbessert haben und auch im schweizerischen Mittel sehr gut abgeschlossen haben.

Es fanden auch Anlässe ausserhalb der Wahlen statt, wie z B Fondue Essen im Waldhaus Schüpfen, sehr interessante Podiumsveranstaltungen der Sektion Jolimont oder der Surchabisaabe mit Bundesrat Ueli Maurer und SVP CH Präsident Toni Brunner. Diese Anlässe sind sehr wichtig und markieren Präsenz auch ausserhalb der Wahlen.

Medien

Über das Verhalten der Medien gegenüber der SVP bin ich enttäuscht. Sie scheinen nur Negatives zu suchen, was keiner seriösen Medienarbeit entspricht.

Alle reden von Meinungsfreiheit, nur die SVP darf keine haben. Sicher wurden einige Fehler gemacht, aber Fehler passieren überall, wo gearbeitet wird. Aber da müssen wir im Moment wohl durch und nach em Räge schynt d Sonne%.

Bürgerlicher Zusammenhalt

Die bürgerlichen Parteien machen es mit ihrer Uneinigkeit den Linken einfach, Mehrheiten zu finden, und es sind Sticheleien der BDP und FDP und nicht der SVP, welche eine gute Zusammenarbeit verhindern.

Z B: wenn man eine andere Meinung vertritt, wird man mit Hilfe der BDP-Parteizeitung regional an die Wand gestellt, oder Zitat FDP Moser «Die SVP verhindert Alles, was Geld kostet»

Ich hoffe, dass wir mit der Zeit doch noch einen bürgerlichen Konsens mit Sachpolitik finden werden.

Ausblick

Die Abstimmung im Herbst über die Regionalkonferenz fordert von uns ein spezielles Augenmerk. An der Medienpräsenz müssen wir arbeiten, jammern nützt nicht viel.

Ich möchte es nicht unterlassen, allen, welche für unsere Partei gearbeitet haben, und vor allem dem Vorstand bestens für die gute Zusammenarbeit zu danken.

Für mich war es ein sehr intensives und interessantes Jahr und ich bin stolz, diesem Wahlkreisverband vorzustehen und einen Teil meiner Freizeit dafür einzusetzen.

Martin Schlup, Präsident und Grossrat, Schüpfen

Gerichte

Obergericht

Als Nachfolger des altershalber zurückgetretenen Oberrichters Marcel Cavin (SVP) hat der Grosse Rat Fritz Aebi (parteilos, Ex-SVP) mit Einsatz ab 1. August gewählt. Per 1. Oktober neu gewählt wurde Hans Peter Kiener (SP).

Erstmals am Obergericht gibt es Oberrichter/-innen mit einem Teilzeitpensum. Eine Richterin arbeitet zu 60% und drei Richter zu je 80%, sodass die Wahl des 21. Oberrichters erforderlich geworden ist; an den insgesamt 20 Vollstellen der Richter (total 2000%) hat sich nichts geändert.

Als Folge der neuen Prozessordnungen im Zivil- und Strafbereich haben sich die Geschäftslasten unterschiedlich entwickelt. Während die Beschwerdekammer im Strafrecht mehr zu tun hat, sind die Eingänge bei den beiden Strafkammern nicht unerheblich zurückgegangen, wohl weil eine zunehmende Zahl von Fällen im Strafbefehlsverfahren abschliessend erledigt werden kann, wie dies der Gesetzgeber beabsichtigte, bzw. weil sich der Betrieb bei der Staatsanwaltschaft und der ersten Instanz noch nicht voll eingespielt hat-

te. Die Steigerung der Fallzahlen bei den Zivilkammern ist erheblich, insbesondere aber beim Handelsgericht mit veränderten Zuständigkeiten sind die Eingänge von 84 im Jahre 2010 letztes Jahr auf 165 gestiegen. Hier werden nun intern die Kräfte umverteilt werden müssen, insgesamt ist die Geschäftslast an der Front am Obergericht hoch.

Wie lange angestrebt, hat sich die Bernische Justiz per 1.1.2011 verselbständigen können (u.a. selbständiges Budget) und ist nicht mehr von der Justizdirektion abhängig. Ob allerdings der Ausbau der Logistik und der Verwaltung (insbesondere in der Justizleitung und am Obergericht) im bisherigen grossen Ausmass erforderlich ist, wird von einer Minderheit am Gericht bezweifelt. Hier ist aus meiner Sicht die Chance auf eine schlanke Organisation verpasst worden; eine Trendumkehr ist leider nicht sichtbar.

Georges Greiner, Oberrichter

Verwaltungsgericht

2011 ist das erste Geschäftsjahr nach dem Inkrafttreten der zweiten Justizreform am 1. Januar 2011. Seit diesem Datum ist das Verwaltungsgericht nicht nur zuständig für die Vorbereitung seines Budgets und für die Rechnungsführung, sondern übt neu auch die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Verwaltungsjustizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission und die Bodenverbesserungskommission aus. Diese neue Aufgabe machte neben dem Erlass des Aufsichtsreglements auch die Schaffung eines Aufsichts- und Controllingkonzepts notwendig.

Parallel zu diesen wichtigen strukturellen Veränderungen hat das Verwaltungsgericht selbstverständlich in erster Linie seine Kernaufgabe, nämlich die Rechtsprechung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten, als kantonal letzte Instanz wahrgenommen. Im Lauf des Geschäftsjahrs sind beim Verwaltungsgericht insgesamt 1'742 (Vorjahr: 1'865) neue Fälle eingegangen. 1'750 (1'958) Fälle wurden erledigt und 907 (915) mussten auf das Folgejahr übertragen werden.

Im *Verwaltungsrecht* ist die Zahl der Neueingänge auf einem sehr hohen Niveau praktisch unverändert geblieben. Mit Blick auf das Inkrafttreten der Rechtsweggarantie am 1. Januar 2009 ist der bernische Gesetzgeber für das Verwaltungsgericht von einer potentiellen Zunahme der Eingänge um rund 15 Prozent ausgegangen (s. Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat betreffend das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege [VRPG], Tagblatt des Grossen Rates, Aprilsession 2008, Beilage 11, Ziff. 5.1, S. 38 f.). Wenn man die Durchschnittszahlen der Geschäfte der drei der Änderung vo-

rangegangenen Jahre (2006-2008: 343) mit denjenigen der drei auf die Änderung folgenden Jahre (2009-2011: 493) vergleicht, stellt man eine Zunahme von rund 44 Prozent (!) fest. . Auf Deutsch gingen im Berichtsjahr 449 (Vorjahr: 464) Beschwerden, Klagen und Appellationen ein. Damit resultiert gegenüber dem Vorjahr zwar ein leichter Rückgang von rund 3 Prozent (17% Anstieg im Vorjahr). Gemessen am Durchschnitt der vorausgegangenen 5 Jahre (2006-2010) von 356 Eingängen hat sich die Zahl der Eingänge aber um 93 (129) Fälle und damit um 26,1 (38,5) Prozent erhöht. Auf Französisch gingen 58 (Vorjahr: 52) neue Geschäfte ein. 65 (56) Fälle konnten erledigt werden und 24 (31) wurden auf das Jahr 2012 übertragen.

Im *Sozialversicherungsrecht* hat die Zahl der neu eingegangenen Fälle um rund 8 Prozent abgenommen, was erlaubt hat, die Pendenzen leicht abzubauen und die Dauer der Verfahren etwas zu reduzieren. Bereits im Vorfeld des Inkrafttretens der 6. IV-Revision, welche unter anderem eine erleichterte Aufhebung bzw. Herabsetzung von laufenden IV-Renten ermöglichen wird, waren auffallend viele Rentenaufhebungen bzw. -herabsetzungen zu beurteilen. Diese Verfahren sind besonders aufwendig, weil die Rentenvoraussetzungen für zwei unterschiedliche Zeitpunkte zu prüfen sind. Nach wie vor sehr hoch ist . insbesondere im Zusammenhang mit der Kostenpflicht in der Invalidenversicherung . die Anzahl der Gesuche betreffend unentgeltliche Rechtspflege, deren Behandlung für das Gericht einen erheblichen zusätzlichen Verfahrensaufwand verursacht, der aber in der Statistik nicht separat ausgewiesen wird. In der deutschsprachigen Abteilung gingen insgesamt 1'139 (Vorjahr: 1'243) Beschwerden und Klagen ein. Die Zahl der erledigten Fälle belief sich auf 1'165 (1'345). Auf das neue Jahr übertragen wurden 590 (616) Fälle. Bei der französischsprachigen Abteilung gingen im Berichtsjahr 96 (106) neue Fälle ein. 105 (110) Fälle wurden erledigt und 49 (58) auf das Jahr 2012 übertragen.

Thomas Müller, Verwaltungsrichter

IV. Organisation / Personelles (Stand 31.12.2011)

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung

Präsident:	Rudolf Joder, Nationalrat, Belp
Vizepräsidenten:	Fritz Reber, Grossrat, Schangnau Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsident:	Peter Brand, Münchenbuchsee
Ein weiteres Mitglied:	Gerhard Fischer, Meiringen

Parteivorstand

Präsident

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Vizepräsidenten

Fritz Reber, Grossrat, Schangnau
Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz

Geschäftsführerin

Aliki M. Panayides

Finanzverantwortlicher

Jean-Michel With, Belp

Fraktionspräsident

Peter Brand, Münchenbuchsee

Weiteres Mitglied der Geschäftsleitung

Gerhard Fischer, Meiringen

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Belp

Die eidgenössischen Parlamentarier

Andreas Aebi, Alchenstorf
Adrian Amstutz, Sigriswil

Andrea Geissbühler, Herrenschwanden
Rudolf Joder, Belp
Nadja Pieren, Burgdorf
Albert Rösti, Uetendorf
Erich von Siebenthal, Gstaad
Hansruedi Wandfluh, Frutigen

Vertreter Fachkommissionen

Carlo Kilchherr, Thun (Bau, Verkehr und Energie)
Lars Guggisberg, Kirchlindach (Erziehung)
Andreas Blank, Aarberg (Finanzen/Verwaltung)
Donat Schneider, Diessbach b. Büren (Gesundheit und Fürsorge)
Ueli Jost, Thun (Justiz, Gemeinden, Kirchen)
Christian Hadorn, Ochlenberg (Polizei und Militär)
Martin Schlup, Schüpfen (Volkswirtschaft)

Vertreterin der SVP Frauen Kanton Bern

Jolanda Brunner, Spiez

Vertreter der Jungen SVP

Erich J. Hess, Bern

Vertreter SVP Senioren

Rudolf Graf, Aarwangen

Weitere Mitglieder

Martin Baltisser, Bremgarten
Manfred Bühler, Cortébert
Thomas Fuchs, Bern
Werner Salzmann, Mülchi

Grossratsfraktion

Aebi Markus, Hellsau	Knutti Thomas, Weissenburg
Augstburger Ueli, Gerzensee	Kummer Hugo, Burgdorf
Bärtschi Alfred, Lützelflüh	Küng-Marmet Bethli, Saanen
Berger Christoph, Aeschi	Marti Willy, Kallnach
Blanchard Jean-Michel, Malleray	Messerli Walter, Interlaken
Blank Andreas, Aarberg	Moser Werner, Landiswil
Brand Peter, Münchenbuchsee	Müller Moritz, Bowil
Bühler Manfred, Cortébert	Reber Fritz, Schangnau
Burren Andreas, Mittelhäusern	Rösti Hans, Kandersteg
Fischer Gerhard, Meiringen	Ruchti Fritz, Seewil
Freiburghaus Fritz, Rosshäusern	Rufener Thomas, Langenthal
Fuchs Thomas, Bern	Schlup Martin, Schüpfen
Geiser Pierre-André, Tavannes	Schmid Hans, Achseten
Geissbühler Sabina, Herrenschan- den	Schneider Donat, Diessbach
Gerber Alfred, Gohl	Schori Peter, Spiegel
Graber Samuel, Horrenbach-Buchen	Schürch Jürg, Huttwil
Guggisberg Lars, Kirchlindach	Schwarz-Sommer Elisabeth, Steffis- burg
Hadorn Christian, Ochlenberg	Schweizer Hansrudolf, Utzigen
Hess Erich, Bern	Struchen Béatrice, Epsach
Iseli Jürg, Zwieselberg	Studer Ueli, Niederscherli
Jost Ueli, Thun	Wälchli Käthi, Obersteckholz
Kilchherr Carlo, Thun	Wyss Fritz, Wengi

Vertretung in der SVP Schweiz

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten
Jolanda Brunner, Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern, Spiez
Jean-Blaise Defago, Bern
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Bern
Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Rudolf Joder, Nationalrat, Belp
Aliko M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Andrea Pieren, Lyssach
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Albert Rösti, Uetendorf
Michael Waber, Worb

Mitglieder des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten b. Bern
Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Belp

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, wiss. Mitarbeiter, Fraktionssekretär,
stv. Geschäftsführer, Bern
Jasmin Scheidegger, Mitarbeiterin, Rechterswil

Stiftungsrat Hilfsfonds SVP Kanton Berní

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg
Käthi Wälchli, Vizepräsidentin, Obersteckholz
Hans Ueli Salzmann, Sekretär, Oberburg
Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des Bären-Clubí der SVP Kanton Bern

Jean-Pierre Graber, alt Nationalrat, Präsident, La Neuveville
Andrea Pieren, Vizepräsidentin, Lyssach
Aliki M. Panayides, Sekretärin, Ostermundigen
Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen
Jean-Michel With, Beisitzer, Belp
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Beisitzer, Bern
Gerhard Fischer, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen. Dabei seien namentlich erwähnt:

Bärtschi-Güdel Ernst, a. Grossrat, ist in seinem 87. Lebensjahr verstorben. Ernst Bärtschi war nicht nur als Grossrat, sondern auch auf kommunaler Ebene politisch sehr aktiv. Er war Gemeinderat und später Gemeindepräsident von Madiswil. Ausserdem war er Präsident des Oberaargauischen Bauernvereins sowie Laienrichter am Gericht in Aarwangen, Präsident des Oberaargauischen Gemeinnützigen Vereins und Mitglied des Verwaltungsrats der Ersparniskasse des Amtes Aarwangen. Er engagierte sich stets im Dienste der Gesellschaft.

Dr. Feldmann Hans, a. Grossrat ist in seinem 86. Lebensjahre verstorben. Dr. Hans Feldmann war nicht nur als Grossrat sehr engagiert. Er hat sich auch auf verschiedenen anderen Ebenen eingesetzt, so unter anderem beim Hauseigentümerverband der Sektion Bern, im Kanton wie auch auf schweizerischer Ebene. Zudem wirkte er zweitweise am Bundesgericht als nebenamtlicher Bundesrichter. Er hat sich stets für das Wohl seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt und vertrat seine Überzeugungen mit grosser Entschlossenheit.

Bärtschi-Rudolf Jakob, a. Regierungstatthalter und a. Grossrat, ist in seinem 83. Lebensjahr verstorben. Jakob Bärtschi-Rudolf war nicht nur als Grossrat sehr engagiert, sondern auch als Regierungstatthalter sehr aktiv. Herr Bärtschi war von 1966 bis 1972 im Grossen Rat des Kantons Bern. Als Regierungstatthalter des Amtes Fraubrunnen wirkte er von 1972 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1992. Zudem war er Präsident des Berufsberatungsverbands und auch tätig als SVP-Amtsverbandssekretär.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Vor einem Jahr konnten wir sagen, die Arbeit hat sich gelohnt. 2010 war ein höchst erfolgreiches Grossratswahljahr. Und 2011? Nebst dem Abstimmungskampf zur Motorfahrzeugsteuer und für Mühleberg hatten vier Ständeratswahlkämpfe und einen Nationalratswahlkampf zu gewärtigen und wo stehen wir jetzt? Um die an der Urne beschlossene Motorfahrzeugsteuer müssen wir vor Gericht streiten, Mühleberg ist trotz gewonnener Abstimmung nach dem Unglück in Fukushima unter Druck, und die vier Ständeratswahlkämpfe haben mit der Wahl von SP-Mann Stöckli anstatt mit der Wiederwahl unseres Ständerats Amstutz geendet. Zum krönenden Abschluss des aufwändigen Wahljahres galt es dann auch noch, den gescheiterten Versuch der Rückeroberung des zweiten SVP-Sitzes im Bundesrat zu verdauen.

Hat sich die Arbeit all der vielen Mitglieder an der Basis trotzdem gelohnt? Es fällt im ersten Augenblick etwas schwer, die Frage guten Gewissens mit Ja zu beantworten, wenn man die enttäuschten Blicke sieht. Und doch bin ich sicher, die Arbeit hat sich gelohnt und sie ist es vor allem wert, hier von ganzem Herzen verdankt zu werden.

Dank der Arbeit der zahlreichen Mitglieder, die sich in vielen Aktionen dafür eingesetzt haben, dass die Leute für die Motorfahrzeugsteuersenkung oder die SVP-Kandidierenden an die Urne gehen, dank diesem Einsatz haben wir immerhin unsere 8 Nationalratssitze gehalten und dürfen wir überhaupt noch hoffen, dass die Motorfahrzeugsteuer doch endlich auf das Niveau gesenkt wird, das für den Strassenunterhalt nötig ist.

Dank der Arbeit der zahlreichen Mitglieder wissen die Bürgerinnen und Bürger, an wen sie sich mit ihren politischen Anliegen wenden können. Tagtäglich werden auf allen Stufen politische Entscheide gefällt, die nicht Eingang in die Zeitung finden, wohl aber gewichtige Auswirkungen auf den Alltag von uns allen haben. Da ist es beruhigend zu wissen, dass die SVPLer überall ihr Bestes geben, damit es gut kommt. Diese Arbeit lohnt sich auf alle Fälle, vielleicht nicht sofort, aber früher oder später ganz sicher.

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin

VI. Die Partei in Zahlen

Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand 31.12.2010	Bestand 31.12.2011	Veränderung
Allmendingen	26	25	-1
Bolligen	133	128	-5
Bremgarten b. Bern	25	26	+1
Büren z. Hof	34	30	-4
Diemerswil	23	23	
Ferenbalm	71	70	-1
Fraubrunnen	68	74	+6
Frauenkappelen	34	26	-8
Golaten	12	12	
Gurbrü	18	29	
Ittigen	59	47	-12
Jegenstorf	97	91	-8
Kirchlindach	94	90	-4
Kriechenwil	24	21	-3
Laupen	33	34	+1
Mattstetten	27	27	
Meikirch	82	81	-1
Moosseedorf	87	83	-4
Mühleberg	91	95	+4
Mülchi	26	31	+5
Münchenbuchsee	181	161	-20
Münchenwiler	15	14	-1
Muri-Gümligen	106	97	-9
Neuenegg	217	190	-27
Ostermundigen	58	63	+5
Stettlen	46	44	-2
Urtenen-Schönbühl	76	72	-4
Vechigen	178	177	-1
Wohlen b. Bern	111	109	-2
Worb	224	182	-42
Zollikofen	104	100	-4
Einzelmitglied	30	3	-27
Mittelland-Nord	2210	2125	-155

Arni	29	29	
Belp	174	200	+26
Belpberg	47	0	-47
Biglen	71	70	-1
Bowil	50	46	-4
Gelterfingen	11	12	+1
Gerzensee	66	62	-4
Grosshöchstetten	50	54	+4
Guggisberg	43	44	+1
Kaufdorf	23	25	+2
Kehrsatz	27	29	+2
Kiesen-Oppligen	51	51	
Kirchdorf	107	107	
Köniz Total	215	201	-14
Konolfingen	181	174	-7
Landiswil	52	50	-2
Linden	73	69	-4
Münsingen	63	51	-12
Oberbalm	44	44	
Oberdiessbach	99	97	-2
Oberthal	32	22	-10
Riggisberg	92	89	-3
Rubigen	20	20	
Rüeggisberg	91	141	+50
Rüschegg	44	35	-9
Schlosswil	46	44	-2
Thurnen	31	31	
Toffen	61	59	-2
Trimstein	33	33	
Schwarzenburg	115	105	-10
Walkringen	56	50	-6
Wichtrach	115	114	-1
Zimmerwald	55	0	-55
Zäziwil	62	62	
Einzelmitglied	0	2	+2
Mittelland-Süd	2129	2122	-107

Aarberg	97	94	-3
Aarberg Einzelmitglieder	1	29	+28
Bangerten	21	0	-21
Bellmund	5	11	+6
Biel / Bienne	97	83	-14
Brüttelen	12	13	+1
Büetigen	40	39	-1
Bühl	18	15	-3
Büren a. Aare	106	92	-14
Busswil b. Büren	30	0	-30
Dotzigen	39	36	-3
Epsach	22	20	-2
Erlach	58	60	-2
Finsterhennen	11	11	
Grossaffoltern	68	66	-2
Ins	151	152	+1
Ipsach	42	39	-3
Jens	28	28	
Jolimont	48	54	+6
Kallnach	60	39	-21
Kappelen	53	54	+1
Lengnau (BE)	44	52	+8
Lyss	99	146	+47
Meinisberg	23	21	-2
Müntschemier	80	67	-13
Nidau	16	14	-2
Nidau Einzelmitglieder	23	0	-23
Oberwil b. Büren	45	48	+3
Orpund	42	41	-1
Pieterlen	50	51	+1
Port	34	26	-8
Radelfingen	57	63	+6
Rapperswil	95	86	-9
Ruppoldsried	9	0	-9
Safnern	60	54	-6
Schüpfen	134	113	-21
Schwadernau	15	15	
Seedorf (BE)	168	147	-21
Siselen	16	17	+1
Studen	27	25	-2

Sutz-Lattrigen	10	11	+1
Täuffelen	58	54	-4
Treiten	47	45	-2
Twann-Tüscherz-Alfermée	13	12	-1
Walperswil	40	33	-7
Wengi	29	32	+3
Worben	38	38	0
Einzelmitglied	1	19	+18
Seeland	2279	2165	-114
Bévilard	5	6	+1
Corgémont	17	17	
Cortébert	9	12	+3
Court	21	18	-3
Courtelay	5	4	-1
Diesse	4	4	
La Chaux de Abel	5	5	
La Ferrière	5	5	
La Neuveville	23	18	-5
Malleray	7	7	
Mont-Tramelan	3	3	
Moutier	45	50	+5
Moutier Diverse	25	23	-2
Nods	3	2	-1
Orvin	15	16	+1
Péry	8	11	+3
Prêles	2	2	
Reconvilier	9	12	+3
Renan	17	14	-3
Romont	6	6	
Saint-Imier	31	34	+3
Sonceboz-Sombeval	8	9	+1
Sonvilier	8	7	-1
Tavannes	28	28	
Tramelan	19	19	
Vauffelin	7	6	-1
Berner Jura	335	338	+3

Aefligen	40	39	-1
Affoltern i. E.	82	81	-1
Alchenstorf	57	57	
Bätterkinder	93	88	-5
Burgdorf	108	97	-11
Dürrenroth	58	50	-8
Eggiwil	160	157	-3
Ersigen	140	133	-7
Hasle b. B.	123	113	-10
Heimswil	89	91	+2
Hindelbank	50	47	-3
Höchstetten-Hellsau	16	16	
Kirchberg	93	89	-4
Koppigen	90	88	-2
Krauchthal	106	100	-6
Langnau i. E.	164	155	-9
Lauperswil	74	73	-1
Lützelflüh	87	86	-1
Lyssach	69	67	-2
Nieder- & Oberösch	29	26	-3
Oberburg	162	162	
Röthenbach	68	7	-61
Rüderswil	60	52	-8
Rüdtligen-Alchenflüh	47	41	-6
Rüegsau	106	108	+2
Schangnau	90	79	-11
Signau	56	54	-2
Sumiswald	166	150	-16
Trachselwald	33	28	-5
Trub / Trubschachen	97	97	
Utzenstorf	111	103	-8
Wiler b. U.	33	0	-33
Wynigen	134	131	-3
Zielebach	16	17	+1
Einzelmitglied	0	9	+9
Emmental	2107	21691	-216

Aarwangen	129	121	-8
Attiswil	41	42	+1
Auswil	9	8	-1
Bleienbach	69	68	-1
Busswil / Melchnau	90	78	-12
Eriswil	70	70	
Gondiswil	36	25	-11
Herzogenbuchsee	98	101	+3
Huttwil	148	141	-7
Langenthal	206	201	-5
Lotzwil	49	43	-6
Madiswil	92	93	+1
Niederbipp	102	97	-5
Oberbipp	79	70	-9
Obersteckholz	25	19	-6
Roggwil	104	102	-2
Rohrbach	41	33	-8
Rütschelen	22	19	-3
Schwarzhäusern	20	20	
Seeberg / Hermiswil / Ochlenberg	80	68	-12
Thörigen	87	82	-5
Thunstetten	78	78	
Ursenbach	48	45	-3
Walterswil	38	38	
Wangen a. Aare	68	64	-4
Wiedlisbach	43	33	-10
Wynau	18	18	
Wyssachen	51	40	-11
Einzelmitglieder	20	23	+3
Oberaargau	1961	1840	-121
Amsoldingen	47	47	
Blumenstein	30	33	+3
Buchholterberg-Wachseldorn	70	69	-1
Burgistein	37	37	
Forst-Längenbühl	25	0	-25
Gurzelen	26	25	-1
Heimberg	73	74	+1
Hilterfingen	40	40	
Höfen	30	32	+2

Linkes Zuggebiet und Umgebung	70	71	+1
Oberhofen	57	57	
Reutigen	51	51	
Schwarzenegg-Fahrni	156	155	-1
Seftigen	44	49	+5
Sigriswil	132	147	+15
Steffisburg	138	145	+7
Thierachern	50	51	+1
Thun	190	193	+3
Uebeschi	34	32	-2
Uetendorf	139	142	+3
Uttigen / Kienersrüti	38	36	-2
Wattenwil	76	83	+7
Zwieselberg	17	15	-2
Einzelmitglied	0	21	+21
Thun	1570	1605	+35
Adelboden	61	59	-2
Aeschi b. Spiez	79	82	+3
Beatenberg	51	49	-2
Boltigen	35	35	
Bönigen	29	29	
Brienz	70	63	-7
Därstetten / Weissenburg	52	53	+1
Diemtigen	66	65	-1
Erlenbach	25	23	-2
Frutigen	201	207	+6
Grindelwald	128	135	+7
Gsteig	24	22	-2
Habkern	31	31	
Interlaken	70	69	-1
Interlaken Einzelmitglieder	5	6	+1
Kandersteg	28	29	+1
Lauterbrunnen	26	25	-1
Lenk	56	54	-2
Matten b. Interlaken	59	57	-2
Oberhasli	146	147	+1
Oberwil i. S.	40	40	
Reichenbach	92	96	+4
Ringgenberg / Goldswil	47	46	-1

Saanen	188	188	
Spiez	157	142	-16
St. Stephan	41	56	+15
Unterseen	57	52	-5
Wilderswil	59	58	-1
Wimmis	147	149	+2
Zweisimmen	78	70	-8
Einzelmitglied	0	13	+13
Oberland	2148	2150	+2
Bern Stadt	387	404	+17
Direktmitglieder Kanton	42	40	-2
Direktmitglieder-Mirchel	0	34	+34
Total Kanton Bern	16368	15744	-624